

FULL PAPER

Meinungsfreiheit in Gefahr? Wie politische Einstellungen und individuelle Erfahrungen die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit in Deutschland prägen

Freedom of speech under threat? How political attitudes and individual experiences shape perceptions of freedom of speech in Germany

Sophia Rothut, Anna-Luisa Sacher, Rebecca Strohmeier & Carsten Reinemann

- Sophia Rothut (M.A.)**, Ludwig-Maximilians-Universität München. Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstr. 67, 80538 München. Kontakt: sophia.rothut@ifkw.lmu.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0003-0990-8034>
- Anna-Luisa Sacher (M.A.)**, Ludwig-Maximilians-Universität München. Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstr. 67, 80538 München. Kontakt: anna.sacher@ifkw.lmu.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-3386-4310>
- Rebecca Strohmeier (M.A.)**, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt. Fachgebiet Journalistik, Ostenstraße 25, 85072 Eichstätt. Kontakt: rebecca.strohmeier@ku.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0003-0297-6843>
- Carsten Reinemann (Prof. Dr.)**, Ludwig-Maximilians-Universität München. Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstr. 67, 80538 München. Kontakt: carsten.reinemann@ifkw.lmu.de. ORCID: <https://orcid.org/0001-9715-8434>



© Sophia Rothut, Anna-Luisa Sacher, Rebecca Strohmeier & Carsten Reinemann

FULL PAPER

Meinungsfreiheit in Gefahr? Wie politische Einstellungen und individuelle Erfahrungen die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit in Deutschland prägen

Freedom of speech under threat? How political attitudes and individual experiences shape perceptions of freedom of speech in Germany

Sophia Rothut, Anna-Luisa Sacher, Rebecca Strohmeier & Carsten Reinemann

Zusammenfassung: Die Meinungsfreiheit ist eines der grundlegendsten Menschenrechte in modernen Demokratien. Einerseits ermöglicht sie die individuelle Persönlichkeitsentfaltung und Meinungsbildung. Andererseits ist sie zentral für das Funktionieren demokratischer Prozesse, weil sie gewährt, divergierende Ansichten öffentlich zum Ausdruck zu bringen, gegenüber der Politik zu artikulieren und in freien, diskursiven Aushandlungsprozessen zu konsensfähigen Lösungen politischer Fragen zu kommen (Garton Ash, 2016; Klausmann, 2019). Angesichts dessen erscheint es besorgniserregend, dass ein großer und offenbar zunehmender Teil der Bevölkerung die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahrzunehmen scheint, wie erste Studien andeuten (Köcher, 2019; Petersen, 2021). Was zu dieser Einschätzung der aktuellen Lage von Meinungsfreiheit in Deutschland führt, ist derzeit aber noch unklar und weitestgehend unerforscht. Aus diesem Grund zielt die vorliegende, explorativ angelegte Studie darauf ab, potenzielle Faktoren zu identifizieren, die eine solche Wahrnehmung erklären. Dies erfolgt anhand einer quotierten Online-Befragung von 945 Personen, die Anfang 2020 in Deutschland durchgeführt wurde. Angesichts der überschaubaren Zahl einschlägiger Studien berücksichtigen wir eine breite Palette an theoretisch hergeleiteten (Individual-)Faktoren, die die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit potenziell determinieren. Die Faktoren sind vier Blöcken zuzuordnen: (1) politische Prädispositionen, (2) individueller Umgang mit Konflikten, (3) Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen sowie (4) Themenaufmerksamkeit und Mediennutzung. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere politische Prädispositionen wie politisches Vertrauen, relative Deprivation und Parteipräferenzen (vor allem für die rechtspopulistische AfD) am stärksten mit der Wahrnehmung von Meinungsfreiheit zusammenhängen. Insgesamt lässt sich aber über die gesamte Befragung hinweg ein beträchtlicher Anteil an Personen beobachten, der Probleme des aktuellen Stands der Meinungsfreiheit sieht. Mögliche Ursachen und Implikationen sowie sich daraus ergebende Forschungsdesiderate werden diskutiert.

Schlagwörter: Meinungsfreiheit, Demokratie, Befragung, politische Kommunikation, Deutschland.

Abstract: Freedom of speech is one of the most fundamental human rights in modern democracies. On the one hand, it enables individual personal development and the formation

of opinions. On the other hand, it is central to the functioning of democratic processes as it allows divergent views to be expressed publicly, articulated to politicians, and consensual solutions to political issues to be reached in free, discursive negotiation processes (Garton Ash, 2016; Klausmann, 2019). Considering this, it seems worrying that a large and increasing proportion of the population seems to perceive freedom of speech as restricted, as initial studies suggest (Köcher, 2019; Petersen, 2021). However, it is still unclear and largely unexplored what leads to this assessment of the current situation of freedom of expression in Germany. Therefore, this exploratory study aims to identify possible factors explaining such a perception. For this purpose, we conducted a quota-based online survey of 945 people in Germany in early 2020. Given the limited number of relevant studies, we consider a broad range of theoretically derived (individual) factors that potentially determine the perception of freedom of speech. The factors can be assigned to four blocks: (1) political predispositions, (2) individual handling of conflicts, (3) sanctions resulting from opinion expression, and (4) issue awareness and media use. The results show that political predispositions such as political trust, relative deprivation, and party preferences (especially for the right-wing populist AfD) are most strongly related to the perception of freedom of speech. Overall, however, a considerable proportion of people across the survey see problems with the current state of freedom of speech. Possible causes and implications, as well as resulting research desiderata are discussed.

Keywords: Freedom of speech, democracy, survey, political communication, Germany.

1. Einleitung

Die Meinungsfreiheit ist eines der grundlegenden Menschenrechte in modernen Demokratien und eine zentrale Voraussetzung für ihr Funktionieren (Garton Ash, 2016; Struth, 2019). Das Grundrecht der Meinungsfreiheit gibt Bürgerinnen und Bürgern nicht nur die Möglichkeit, sich am öffentlichen Diskurs zu beteiligen, sondern fördert auch die persönliche sowie öffentliche Meinungsbildung, indem es eine aktive Teilhabe an Diskussionen zu gesellschaftlich relevanten, oft umstrittenen Themen in einem geschützten Rahmen erlaubt (Habermas, 1990; Imhof, 2008). Da der gewaltfreie, kommunikative Ausgleich von Interessen einen Wesenskern der Demokratie darstellt, ist der Schutz der Meinungsfreiheit eine zentrale Aufgabe des Staates.

Wie in allen Demokratien ist die Meinungsäußerungsfreiheit – meist verkürzt: „Meinungsfreiheit“ – deshalb auch in Deutschland umfassend rechtlich geschützt. Allerdings ist sie nicht schrankenlos (z. B. Klausmann, 2019; Struth, 2019). Beispielsweise stehen die Leugnung des Holocaust, persönliche Beleidigungen, bestimmte Arten von Hassrede, die die öffentliche Ordnung gefährden und die Bedingungen der Volksverhetzung erfüllen, sowie die Unterstützung von Angriffs- kriegen oder Gewaltaufrufe unter Strafe. Erst 2021 wurden entsprechende Verschärfungen im Rahmen des Gesetzespakets gegen Rechtsextremismus und Hass- kriminalität vom Bundestag verabschiedet und auch EU-weit sollen weitere Maßnahmen beschlossen werden (Spiegel Online, 2022). Die Beurteilung, welche Äußerungen unter das Grundrecht der Meinungsfreiheit fallen und welche Äußerungen gesetzliche Grenzen überschreiten, ist dabei stets eine äußerst sensible und kontextabhängige juristische Einzelfallentscheidung (Koreng, 2015).

Trotz umfassender rechtlicher Garantien in Deutschland ist die Meinungsfreiheit in den letzten Jahren immer wieder selbst zum Thema öffentlicher Auseinandersetzungen geworden. Waren es Mitte der 2000er Jahre mögliche Einschränkungen durch die Rücksichtnahme auf religiöse Gefühle, die im Rahmen des Karikaturenstreits debattiert wurden (z. B. Naab & Scherer, 2009), wird das Thema Meinungsfreiheit in den letzten Jahren etwa im Kontext von ‚Political Correctness‘, ‚Cancel Culture‘ und der Auseinandersetzung um diskriminierungsfreie Sprache („Gendern“) diskutiert (z. B. Petersen, 2021). Ebenso thematisiert werden mögliche Einschränkungen im Kontext von Diskriminierung, einer verrohten Debattenkultur und Hassrede im Netz (Polenz & Wolter, 2021).

Gerade nach Inhalts- oder Accountlöschungen durch große Social-Media-Unternehmen wie Facebook, Twitter oder Instagram (sog. *Deplatforming*) wird angeprangert, gewisse Ansichten würden systematisch unterdrückt und freie Meinungsausübung sei unzureichend gewährleistet (Rogers, 2020). So führten Twitters Deplatforming von Ex-US-Präsident Donald Trump Anfang 2021 oder die Löschung von Accounts bei YouTube und anderen Netzwerken, die etwa im Zuge der COVID-19-Pandemie Falschinformationen, Verschwörungsnarrative und hetzerische oder extreme Inhalte verbreiteten, zu kontroversen Diskussionen – einerseits über die Macht und Handlungsspielräume großer Plattformunternehmen, andererseits über die generelle Legitimität solcher Löschungen vor dem Hintergrund des hohen Gutes freier Meinungsausübung (z. B. Reuter, 2021; Stucke, 2021). Schließlich ist auch die Meinungs- und die Wissenschaftsfreiheit an Universitäten sowohl in den USA als auch in Deutschland in den letzten Jahren verstärkt zum Thema geworden (z. B. Petersen, 2020; Scott-Baumann & Perfect, 2021).

Im Deutschen Bundestag wurde der Stand der Meinungsfreiheit bereits Ende 2019 zum Gegenstand einer Generaldebatte. Während unter anderem die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel die Meinungsfreiheit als gegeben ansah und darauf verwies, dass auf Meinungsausserungen hin auch mit Kritik und Gegenwind zu rechnen sei (Deutscher Bundestag, 2019, S. 12), wurde aus den Reihen der Alternative für Deutschland (AfD) der Vorwurf geäußert, die Regierung würde abweichende, unerwünschte Meinungen kriminalisieren und so der Meinungsfreiheit und damit der Demokratie schaden (Deutscher Bundestag, 2019, S. 29). Diese Positionen verdeutlichen einmal mehr die grundlegend divergierenden Wahrnehmungen des Stands der Meinungsfreiheit, wie sie sich auch in der Bevölkerung wider spiegeln.

Trotz der umfangreichen verfassungsrechtlichen Garantien für die Meinungs- und Pressefreiheit und obwohl international vergleichende Studien Deutschland regelmäßig in die Spitzengruppe der demokratischsten und freisten Länder weltweit positionieren (z. B. Freedom House, 2021; V-Dem, 2022), zeichnen Meinungsumfragen ein anderes Bild: So ergeben Umfragen der letzten Jahre, dass große Teile der Gesellschaft dieses Grundrecht als eingeschränkt wahrnehmen (Köcher, 2019; Petersen, 2021). Mit Blick auf die demokratische Bedeutung der Meinungsfreiheit sollten solche Ergebnisse Anlass für tiefergehende wissenschaftliche Betrachtungen sein, denn schon die subjektive Wahrnehmung von Einschränkungen von Meinungsfreiheit und kommunikativer Barrieren kann grundsätzliche Probleme gesellschaftlicher Kommunikation anzeigen. Das Vorhandensein solcher

Barrieren, nämlich, widerspricht insbesondere anspruchsvollen normativen Vorstellungen von demokratischen Diskursen. So benennt beispielsweise Habermas (1982) als Voraussetzungen eines *herrschaftsfreien Diskurses*, dass sich alle beteiligen, alle Themen angesprochen, alle Behauptungen geäußert und alle Meinungen und Bedürfnisse artikuliert werden können sollten.

Werden diverse Meinungen in die gesellschaftliche Debatte – sei es medial oder durch interpersonale (Anschluss-)Kommunikation – eingebracht und diskutiert, so steht dies dem Entstehen homogener Kommunikations- und Interpretationsgemeinschaften entgegen und die Rahmenbedingungen für eine integrierte Öffentlichkeit werden geschaffen (Kösters & Jandura, 2018; Lindolf, 1988).

Dementsprechend wirft die Diskrepanz zwischen der Rechtslage, den Ergebnissen wissenschaftlicher Studien und der Wahrnehmung eines Teils der Bevölkerung die Frage nach den Ursachen dieser Einschätzungen auf. Trotz der öffentlichen Aufmerksamkeit und der Relevanz der Debatte um den Stand der Meinungsfreiheit liegt bislang nur sehr wenig einschlägige Forschung vor – insbesondere in Hinblick auf mögliche Prädiktoren, welche die Einschätzung einer eingeschränkten bzw. uneingeschränkten Meinungsfreiheit erklären können.

An diesem Punkt setzt die vorliegende Studie an: Mithilfe einer quotierten Online-Befragung ($N = 945$) untersuchen wir, wie Bürgerinnen und Bürger den Stand der Meinungsfreiheit in Deutschland wahrnehmen und welche Faktoren mit dieser Einschätzung zusammenhängen. Wir beziehen dabei vier theoretisch hergeleitete Blöcke potenzieller Determinanten ein: (1) politische Prädispositionen, (2) den individuellen Umgang mit Konflikten, (3) erlebte bzw. befürchtete Sanktionen für Meinungsausserungen sowie (4) die Aufmerksamkeit für das Thema und die Mediennutzung. Die Analysen unterstreichen nicht nur, dass tatsächlich große Teile der Befragten die Meinungsfreiheit als eingeschränkt erachten, sondern indizieren vor allem, dass politische Prädispositionen diese Wahrnehmung maßgeblich prägen.

2. Die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit

2.1 Aktuelle Befunde zur Wahrnehmung von Meinungsfreiheit

Trotz der fundamentalen Relevanz von Meinungsfreiheit für demokratische Prozesse und der beschriebenen Diskrepanz zwischen juristischen Garantien, wissenschaftlichen Diagnosen und öffentlicher Wahrnehmung existieren nur wenige Studien, welche Einschätzungen zum Stand der Meinungsfreiheit detailliert untersuchen und vor allem erklären. Im deutschen Kontext finden sich neben Daten zu allgemeinen Urteilen über Meinungsfreiheit auch Befunde zu verwandten Konzepten und Phänomenen, beispielsweise zu ‚Tabus‘, ‚Sagbarem‘, ‚heiklen Themen, bei denen man sich leicht den Mund verbrennen kann‘ oder Urteilen über ‚Political Correctness‘, die meist auch in Beziehung zu Urteilen über Meinungsfreiheit gesetzt werden (Köcher, 2019; Petersen, 2013, 2021).

Dabei verweisen Umfrageergebnisse zunächst darauf, dass 97 Prozent der deutschen Bevölkerung das Prinzip der freien Meinungsausserung generell befürworten (Skaaning & Krishnarajan, 2021, S. 7). Zudem schätzt die deutsche Bevölkerung die Meinungsfreiheit im Vergleich verschiedener Grundrechte sogar als wichtigstes

Menschenrecht ein (auch wenn in dieser Befragung nicht alle denkbaren Grundrechte, wie etwa auf Leben und körperliche Unversehrtheit, abgefragt wurden; Kellner, 2016).

Allerdings sind viele offenbar eher skeptisch, wenn es um die tatsächliche Situation der Meinungsfreiheit in Deutschland geht. Darauf verweisen insbesondere Befragungen des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD), die in den vergangenen Jahren regelmäßig publiziert wurden. Die zentrale Frage lautet: „Haben Sie das Gefühl, dass man heute in Deutschland seine politische Meinung frei sagen kann?“. Die jüngste Studie von 2021 ergab, dass mittlerweile fast ebenso viele Menschen finden, man solle bei Meinungsausserungen „lieber vorsichtig sein“ (44 %), wie der Ansicht sind, man könne „seine Meinung frei äußern“ (45 %) (Petersen, 2021, S. 22). Die Studien weisen hierbei vor allem auf die zeitliche Entwicklung dieses Ergebnisses hin: Noch 1971 waren 83 Prozent der Deutschen der Meinung, sie könnten ihre Meinung frei äußern, und nur 12 Prozent gaben an, lieber vorsichtig zu sein (Petersen, 2021). Dabei gab es keine lineare Entwicklung der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit, sondern die Polarisierung setzte insbesondere seit 2019 ein. Die zu dieser Zeit veröffentlichten Ergebnisse (Köcher, 2019) lösten eine größere mediale Debatte zum Stand des Menschenrechts aus. Ohne Zweifel bleiben dabei aber basierend auf der verwendeten Operationalisierung auch Fragen offen. So bleibt unklar, was genau die Befragten eigentlich unter ‚Meinungsfreiheit‘ verstehen, wenn sie die Frage beantworten; ebenso lässt sich nicht sagen, durch wen oder was sie sich eingeschränkt fühlen und ob ihre Urteile beispielsweise auf eigenen Erfahrungen, den Aussagen Dritter oder medialer Berichterstattung beruhen.

Ansonsten untersuchte das Institut für Demoskopie noch weitere Fragen, die sich dem Themenkomplex ‚Meinungsfreiheit‘ zuordnen lassen, beispielsweise welche Themen als heikel wahrgenommen werden. Die Ergebnisse zeigen, dass Themen wie Asyl und Flüchtlinge, Islam, Judentum oder die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands, aber auch Rechtsextremismus oder – in neuerer Zeit – die AfD, als sensible Themen eingeschätzt werden (Köcher, 2019, S. 15). In Bezug auf unterschiedliche Kontexte, in denen man seine Meinung äußert, ergab sich, dass der Anteil an Menschen, die der Ansicht waren, man müsse bei „einigen“ oder „vielen Themen“ vorsichtig sein, „im Freundeskreis“ am geringsten (38 %), „im Internet“ deutlich höher (63 %) und in „der Öffentlichkeit“ (78 %) am stärksten ist (Köcher, 2019, S. 24 f.).

Diese Befunde, die in den vergangenen Jahren immer wieder erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zogen, zeigen exemplarisch, dass sowohl in der bisherigen Forschung als auch in der öffentlichen Diskussion recht unterschiedliche Aspekte und Verständnisse von ‚Meinungsfreiheit‘ besprochen werden. Zwar liegen noch keine systematischen und vor allem keine tiefgreifenden Analysen der Meinungsfreiheitsdebatte vor, aber bestehende Erkenntnisse erwecken den Anschein, dass es nicht allein um die Wahrnehmung von verfassungsrechtlichen Garantien oder von Einschränkungen durch Rechtsprechung und den Staat geht, sondern mindestens ebenso sehr um Wahrnehmungen kommunikativer Tabus, um Wahrnehmungen des ‚Sagbaren‘ oder der Diskurskultur sowie des kommunikativen Umgangs miteinander – möglicherweise spiegelt sich dies auch in den Antwor-

ten, die Befragte geben, wenn sie nach dem Stand der ‚Meinungsfreiheit‘ gefragt werden.

2.2 Die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit als Realitätsvorstellung

Wie aber kann man die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit und deren Ursachen überhaupt theoretisch fassen? Naheliegend erscheint es, sie als Form von Realitätsvorstellung (engl.: belief, perception) zu konzeptualisieren, also als subjektive Überzeugung von der Wirklichkeit, die in diesem Fall die soziale Realität betrifft. Realitätsvorstellungen spielen in den Sozialwissenschaften eine wichtige Rolle, da sie eine wirkmächtige Basis für Emotionen, Einstellungen und Handlungen darstellen (z. B. Flynn et al., 2017). Diskutiert werden in den letzten Jahren etwa die Gefahren, die sich aus der Erosion gemeinsamer Wirklichkeitsvorstellungen für die demokratische Gesellschaft ergeben, beispielsweise in Hinblick auf politische Polarisierungsprozesse (z. B. Neuberger et al., 2019; van Aelst et al., 2017). Auch bei Vorstellungen über den fundamentalen Grundwert der Meinungsfreiheit, die möglicherweise eine grundlegende Skepsis gegenüber dem Funktionieren der Demokratie anzeigen, kann man ein solches Polarisierungspotential vermuten. In der Kommunikationswissenschaft spielen Realitätsvorstellungen als kognitive abhängige Variable beispielsweise in der Kultivationsforschung (z. B. Rossmann, 2013) oder in der Forschung zu Meinungsklimawahrnehmungen eine zentrale Rolle (z. B. Zerback, Reinemann & Nienierza, 2015).

Generell kann man auf Basis dieser Forschungstraditionen davon ausgehen, dass sich Realitätsvorstellungen aus unterschiedlichen Quellen speisen. Unterscheiden kann man etwa zwischen unmittelbarer, direkter (Primär-)Erfahrung und medial vermittelten (Sekundär-)Eindrücken (z. B. Meltzer, 2017). Im Kontext der Erklärung von Meinungsklimawahrnehmungen wird in ähnlicher Weise, aber etwas differenzierter zwischen den Einflüssen persönlicher Prädispositionen, den Einflüssen des unmittelbaren sozialen Umfeldes sowie medial vermittelten Einflüssen unterschieden, wobei man noch weiterführend zwischen verschiedenen Arten von Informationen unterscheiden kann (explizite vs. implizite Meinungsklima-Hinweise; z. B. Zerback, Reinemann & Nienierza, 2015; Zerback, Koch & Krämer, 2015). Dabei können sich mediale und persönliche Eindrücke widersprechen oder im Einklang zueinanderstehen und sich dementsprechend gegenseitig abschwächen oder verstärken (Meltzer, 2017).

Überträgt man diese Überlegungen auf die Wahrnehmung des Status quo der Meinungsfreiheit, so kann man davon ausgehen, dass diese zum einen aus persönlichen Erfahrungen mit Meinungäußerungen resultieren kann, etwa wenn negative Reaktionen oder gar juristische Konsequenzen als Ergebnis eigener Äußerungen erlebt wurden. In diesem Fall würden die eigenen Erfahrungen zumindest teilweise zur Grundlage eines Urteils über die allgemeine Situation der Meinungsfreiheit beitragen, es kann also zu Projektionseffekten kommen (z. B. Zerback, Reinemann & Nienierza, 2015). Zum anderen kann ein Urteil über Meinungsfreiheit auch durch medial vermittelte Eindrücke geprägt werden, die als explizite oder implizite Hinweise (engl.: cues) hinsichtlich des Zustands der Meinungsfreiheit interpretiert werden können. Explizite Hinweise können Informationen über vermeintliche

oder tatsächliche Einschränkungen von Meinungsfreiheit darstellen, aber auch Zitate von Akteuren, die solche Einschränkungen beklagen. Implizite Hinweise können etwa darin bestehen, dass durch Bewertungen einzelner Akteure oder ihrer Aussagen Eindrücke davon vermittelt werden, inwiefern bestimmte Aussagen nicht unter die Meinungsfreiheit fallen bzw. fallen sollten (Zerback, Koch & Krämer, 2015).

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass Vorstellungen von der sozialen Realität, die einen politischen Bezug haben, häufig von individuellen politischen Prädispositionen beeinflusst werden (z. B. Bartels, 2002). Bei der Entstehung von Urteilen über den Status der Meinungsfreiheit könnten diese auf mehrfache Weise wirksam werden: Zum einen können sie indirekt Einfluss auf Primärerfahrungen nehmen, indem Menschen mit extremeren Einstellungen häufiger auf Ablehnung stoßen, wenn sie ihre Meinungen äußern. Zum anderen dürften politische Voreinstellungen auch die Wahrnehmung expliziter und impliziter medialer Hinweise auf den Status quo der Meinungsfreiheit beeinflussen. So ist anzunehmen, dass Wählerinnen und Wähler von Parteien, die Einschränkungen der Meinungsfreiheit beklagen, eher eine ähnliche Haltung vertreten wie diese, entweder weil sie auf entsprechende ‚party cues‘ reagieren oder weil sie aufgrund korrespondierender Einstellungsmerkmale ähnliche Eindrücke von der gesellschaftlichen Wirklichkeit entwickeln (z. B. Slothuus & Bisgaard, 2021). Dies liegt unter anderem daran, dass Menschen Informationen für glaubwürdiger halten, die mit ihren eigenen Überzeugungen im Einklang stehen oder von Akteuren und Quellen kommen, denen sie vertrauen (z. B. Hmielowski et al., 2014). Gleichzeitig kann man vermuten, dass entsprechende Prädispositionen auch dazu führen, dass Berichte über Einschränkungen der Meinungsfreiheit oder negative Auswirkungen von Meinungsausserungen besonders aufmerksam wahrgenommen werden und journalistische oder medial vermittelte Kritik an solchen Äußerungen den Eindruck eingeschränkter Meinungsfreiheit möglicherweise sogar noch bestärkt (Taber & Lodge, 2006).

2.3 Potenzielle Determinanten der Wahrnehmung von Meinungsfreiheit

Bislang liegen nur wenige einschlägige Studien vor, die Ursachen von Meinungsfreiheitswahrnehmungen dezidiert untersuchen. Prinzipiell kann man sich diesen aus zwei Perspektiven nähern: Zum einen kann man auf mögliche realweltliche Ursachen solcher Wahrnehmungen schauen und beispielsweise untersuchen, wie stark die Meinungsfreiheit etwa durch rechtliche Vorgaben oder die Community-Richtlinien sozialer Netzwerke tatsächlich begrenzt ist, inwiefern Menschen tatsächlich aufgrund öffentlicher Äußerungen angefeindet werden oder unter Druck geraten, Veranstaltungen abgesagt werden etc. Entsprechende Studien, die Vorwürfe einer vermeintlichen ‚Cancel Culture‘ oder zunehmender ‚Political Correctness‘ dementsprechend tiefgehend untersuchen, liegen für Deutschland unseres Wissens noch nicht vor. Zum anderen kann man sich der Frage mit Blick auf die Individualebene nähern und in einem ersten Schritt untersuchen, welche persönlichen Merkmale zur Wahrnehmung einer stärkeren oder schwächeren Einschränkung von Meinungsfreiheit beitragen. An dieser Stelle setzt die vorliegende Studie an,

indem wir die im Folgenden hergeleitete Palette an Variablen auf ihren Einfluss bei der individuellen Meinungsfreiheitswahrnehmung untersuchen.

2.3.1 Politische Prädispositionen

Wie oben angedeutet, können politische Einstellungen die Empfänglichkeit für die politischen Botschaften nahestehender Parteien erhöhen, die Wahrnehmung politischer und medialer Repräsentation und Diskurse prägen sowie einen Indikator dafür darstellen, wie Meinungsausserungen im Umfeld wahrgenommen werden. Tatsächlich legen erste Ergebnisse für Deutschland bereits nahe, dass die politische Verortung bei der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit eine zentrale Rolle spielt. Eine Ursache dafür könnte sein, dass sich vor allem bei rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteuren das Narrativ einer Meinungsfreiheit findet, die durch „das angeblich linksliberale Meinungskartell aus ‚Altparteien‘ und ‚Lügenpresse‘“ (Cremer, 2020, S. 146) beschnitten sei. Einschätzungen der Argumentationsstrukturen rechtspopulistischer Akteure deuten darauf hin, dass der Rekurs auf die Meinungsfreiheit und deren angebliche Einschränkung durch etablierte Parteien fest in deren öffentlicher Kommunikation verankert ist (Lanius, 2020; Scott-Baumann & Perfect, 2021). Demnach schränkten die herrschenden Eliten die Meinungsfreiheit insbesondere durch die Verbreitung von ‚Fake News‘ und unter dem Deckmantel ‚politischer Korrektheit‘ ein, was letztlich verhindere, dass der ‚wahre Volkswille‘ realisiert werde (Lanius, 2020, dazu auch: Scott-Baumann & Perfect, 2021). In rechtspopulistischer Kommunikation wird die Meinungsfreiheit häufig als bedroht oder unterdrückt dargestellt und ihr aktueller Stand angeprangert (Gadinger, 2019; Moffitt, 2017). Berücksichtigt man darüber hinaus Befunde, denen zufolge sich gerade AfD-Wählerinnen und -Wähler besonders stark an der Rhetorik und den vermittelten Frames ihrer Partei orientieren, dann liegen entsprechende Einflüsse nahe (Gensheimer & Frankenberger, 2019).

Auch erste bivariate Befunde verweisen darauf, dass eine Wahrnehmung eingeschränkter Meinungsfreiheit besonders bei Befragten verbreitet ist, die eine Wahlpräferenz für die AfD angeben (Petersen, 2021; Unzicker, 2018). So lag der Anteil derjenigen, die der Ansicht waren, man könne seine Meinung frei äußern, bei den Wählerinnen und Wählern der AfD bei nur 12 Prozent, während die Wählerschaft der FDP (35 %), der Linken (40 %), der SPD (43 %), der CDU/CSU (53 %) und der Grünen (62 %) sehr viel eher der Ansicht war, man könne dies tun (Petersen, 2021, S. 23). Demnach vertrat also auch in der Wählerschaft von FDP, SPD und der Linken eine relative Mehrheit die Ansicht, man müsse eher vorsichtig mit seiner Meinung sein (Petersen, 2021, S. 23). Dennoch formulieren wir aufgrund der sehr ausgeprägten Ansichten der AfD-Wählerinnen und -Wähler und der vermuteten Bedeutung eines entsprechenden Narratives im Rechtsextremismus und Rechtspopulismus unsere ersten beiden Hypothesen:

H1: Je weiter rechts sich Personen auf der politischen Links-Rechts-Skala einordnen, desto eher nehmen sie die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahr.

H2: Personen, die die AfD wählen würden, nehmen die Meinungsfreiheit als stärker eingeschränkt wahr als Personen, die andere Parteien bei der Wahl bevorzugen würden.

Die von Petersen (2021) vorgelegten Daten zeigen einerseits eine deutlich stärkere Wahrnehmung von Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch Wählerinnen und Wähler der AfD, sie verdeutlichen aber auch, dass diese keineswegs auf den Rechtspopulismus beschränkt sind. Selbst in der Wählerschaft der Grünen äußerten 31 Prozent eine entsprechende Einschätzung. Es scheint also weitere Faktoren zu geben, die zu einer solchen Wahrnehmung beitragen.

Wir nehmen an, dass das Gefühl relativer Deprivation, also die Wahrnehmung, man sei im Vergleich zu anderen sozial bzw. politisch benachteiligt (Smith et al., 2012), einer dieser weiteren Faktoren ist. Im politischen bzw. institutionellen Sinne meint dies die „Benachteiligung im Hinblick auf Mitsprache- und Gestaltungsrechte (insb. Politischer Art)“ (Rippl & Baier, 2005, S. 646), was – erstens – eine gewisse (wahrgenommene) individuelle Distanz zur politischen Sphäre impliziert. Deprivation kann – zweitens – mit Desintegrationsprozessen in Verbindung stehen, welche zu mangelnder Integration bzw. zu Zerfalls- und Fragmentierungstendenzen der Öffentlichkeit führen (Imbusch & Heitmeyer, 2012) und so einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs zur Artikulation divergierender politischer Interessen entgegenstehen können. Daher wird angenommen, dass Deprivationsgefühle mit verringerten Gelegenheiten des oder Beteiligungen am (gesamt-)gesellschaftlichen Diskurs einhergehen. Infolgedessen fühlen sich die Menschen in den aktuellen Debatten oder Entscheidungen möglicherweise nicht repräsentiert oder gar missachtet. Daher nehmen wir an:

H3: Je stärker das politische relative Deprivationsgefühl einer Person ist, desto stärker nimmt sie die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahr.

Ein ähnlicher Effekt ist für Personen anzunehmen, die ein großes Misstrauen in politische bzw. demokratische Prozesse aufweisen und entsprechend politikverdrossen sind. Politikverdrossenheit könnte mit einer verringerten Beteiligung am öffentlichen Debattengeschehen und an diskursiven Aushandlungsprozessen einhergehen. Ebenso könnte die Einschätzung, die Meinungsfreiheit und damit ein Grundpfeiler der Demokratie sei eingeschränkt, das Vertrauen in die Politik schmälern und folglich die Politikverdrossenheit erhöhen. Wir nehmen deshalb an:

H4: Je politikverdrossener eine Person ist, desto stärker nimmt sie die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahr.

2.3.2 Individueller Umgang mit Konflikten

Neben politischen Prädispositionen ist auch anzunehmen, dass Persönlichkeitseigenschaften, die den *individuellen Umgang mit Konflikten* beschreiben, relevant für die Meinungsfreiheitswahrnehmung sind. In dem Kontext ist vorstellbar, dass entweder persönliche Erfahrungen in Diskussionen auf die allgemeine Situation der Meinungsfreiheit übertragen werden oder der individuelle Umgang mit Kon-

flikten auch die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Situation der Meinungsfreiheit beeinflusst.

So nehmen Menschen mit hoher Persönlichkeitsstärke – also „allgemein aktive und einflussreiche Personen mit großer Ausstrahlung und Durchsetzungskraft“ (Rössler, 2011, S. 203) – häufiger an zwischenmenschlichen Diskussionen teil, sind selbstbewusster und eher bereit, Meinungen zu äußern, die von der wahrgenommenen Mehrheitsmeinung abweichen (Schenk & Rössler, 1997). Persönlichkeitsstarke Individuen stehen Diskussionen daher offener gegenüber und stoßen aufgrund ihrer stärkeren Beteiligung an Debatten wahrscheinlicher auch auf gegenteilige Ansichten. Aufgrund ihrer Persönlichkeitsstärke könnten die Personen dies weniger als Einschränkung ihrer Möglichkeiten zu Meinungsäußerungen als vielmehr als (subjektiven) Beleg für eine rege Debattenkultur wahrnehmen. Deshalb stellen wir folgende Hypothese auf:

H5: Je höher die Persönlichkeitsstärke einer Person ist, desto weniger nimmt sie die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahr.

Ebenso gehen wir davon aus, dass Personen, die besser mit Konflikten umgehen können (Konfliktfähigkeit; Eberle et al., 2009) und in Konfliktsituationen eine optimistischere Haltung einnehmen (Konfliktoptimismus; Füllenbach, 2009), offener und aufgeschlossener gegenüber gegenteiligen Ansichten sind. Lässt man auch andere Ansichten als die eigenen zu, spricht das eher dafür, dass man selbst in harten Auseinandersetzungen und nach Widerrede die Meinungsfreiheit nicht in Gefahr sieht. Wir nehmen daher an:

H6: Je konfliktfähiger eine Person ist, desto weniger nimmt sie die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahr.

H7: Je optimistischer eine Person Konflikten entgegenblickt, desto weniger nimmt sie die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahr.

2.3.3 Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen

Wir gehen davon aus, dass neben individuellen Prädispositionen auch Primär- oder medial vermittelte (Sekundär-)Erfahrungen einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit haben (Süss et al., 2018). Als potenziell einflussreiche Primärerfahrungen betrachten wir in dieser Analyse befürchtete oder tatsächlich erlebte *Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen*. Der Theorie der Schweigespirale nach Noelle-Neumann (1974) folgend, neigen Individuen eher dazu, ihre Meinung öffentlich zu äußern, wenn sie die Mehrheitsmeinung vertreten, und halten sie aus Angst vor sozialer Isolation wahrscheinlicher zurück, wenn sie annehmen, der Minderheitsmeinung anzugehören. Dabei können Individuen Sanktionen unterschiedlichster Art einerseits fürchten, andererseits bereits erlebt haben. Sanktionserfahrungen dürften den Eindruck fördern, Aussagen bestimmter Art seien verpönt und man solle sich zurückhalten, derartige Ansichten öffentlich preiszugeben. In den Allensbach-Befragungen beispielsweise wird danach gefragt, ob man harsche Kritik infolge von Meinungsäußerungen erwarte oder fürchte, man könne

sich den Mund verbrennen (Köcher, 2019, S. 17 ff.; Petersen, 2021, S. 24). Doch auch verbale Kritik, körperliche Angriffe oder berufliche Konsequenzen können mögliche bzw. befürchtete Folgen von Meinungsäußerungen darstellen (Neubaum & Krämer, 2018). Haben Individuen Angst vor negativen Folgen, kann dies in einem Gefühl der sozialen Einschränkung und schließlich im Zurückhalten von als unpopulär erachteten Meinungen münden.

H8: Je größer die Angst vor Sanktionen aufgrund von Meinungsäußerungen ist, desto eher wird die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahrgenommen.

H9: Je häufiger Personen bereits (unterschiedliche Formen von) Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen erfahren haben, desto wahrscheinlicher ist die Wahrnehmung, die Meinungsfreiheit sei eingeschränkt.

2.3.4 Themenaufmerksamkeit und Mediennutzung

Daneben liegt nahe, dass medial vermittelte Sekundärerfahrungen die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit ebenso beeinflussen können wie auch andere Realitätsvorstellungen. Dabei kann man zunächst annehmen, dass sich die generelle Aufmerksamkeit für das Thema Meinungsfreiheit und die Wahrnehmung ihrer Einschränkung gegenseitig bedingen. Dafür spricht, dass die Wahrnehmung von Problemen gerade bei einem so wichtigen Grundwert wie der Meinungsfreiheit mit negativen Emotionen wie Sorge oder Ärger verbunden sein dürften, die eher als positive Emotionen dazu geeignet sind, unter bestimmten Umständen zu weiterer Informationssuche zu motivieren (z. B. Obermaier et al., 2014). In der Folge liegt dann nahe, dass insbesondere negative Darstellungen der Meinungsfreiheit von Menschen mit entsprechenden Vorstellungen für glaubwürdiger gehalten werden und – im Sinne eines Confirmation Bias (Nickerson, 1998) – zu einer weiteren Verstärkung dieses Eindrucks beitragen. Wir nehmen daher an:

H10: Eine hohe Themenaufmerksamkeit verstärkt die Wahrnehmung einer Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Weniger eindeutig lässt sich die Frage nach möglichen Einflüssen der Nutzung verschiedener Medien bzw. Mediengattungen beantworten, da bislang keine Inhaltsanalysen vorliegen, die sich differenziert mit der Darstellung von Meinungsfreiheit beschäftigen, bzw. da nicht klar ist, welche Elemente von Mediendarstellungen sich überhaupt auf diese Wahrnehmungen auswirken. Wir unterscheiden deshalb hier nur grob zwischen der Nutzung von klassischen journalistischen Angeboten auf der einen Seite sowie von Social Media, Online-Kommentarspalten und sogenannten Alternativmedien auf der anderen Seite.

Dass die Nutzung alternativer im Vergleich zu klassischen Medien (bzw. das Vertrauen in diese) einen Unterschied machen kann, legte zuletzt auch eine Studie zur Corona-Pandemie nahe. Darin zeichneten sich die Befragten, die am skeptischsten gegenüber den Corona-Maßnahmen waren, durch die geringste Nutzung und das geringste Vertrauen in klassische Nachrichtenmedien aus. Gleichzeitig nutzten die beiden skeptischsten Bevölkerungssegmente Alternativmedien häufiger

als die Segmente, die die Maßnahmen stärker befürworteten (Reinemann et al., 2022, S. 152).

Gerade rechts-alternative Nachrichtenanbieter, die sich häufig auch selbst als „zensurfreie“ Alternative zu klassischen Medien und als Lieferant „wahrer, echter, authentischer Informationen“ betiteln (Heft et al., 2019), dürften die Meinungsfreiheit – im Einklang mit einem entsprechenden rechtspopulistischen Narrativ (z. B. Lanius, 2020) – eingeschränkt darstellen. Ebenso ist vorstellbar, dass Rezipierende, die ihre Meinung in traditionellen Nachrichtenangeboten nicht repräsentiert sehen, diese Ansicht auf den Status der Meinungsfreiheit übertragen, sich infolge des mangelnden Repräsentationsgefühls selektiv alternativen Quellen zuwenden, und dort weiterhin in der Wahrnehmung, die Meinungsfreiheit wäre nicht gewährt, bestärkt werden, sofern eine häufige Nutzung dieser Quellen stattfindet und entsprechende Ansichten darin aufgegriffen werden (vgl. Andersen et al., 2021; Müller & Schulz, 2021; Stroud, 2008). Außerdem liegt nahe, dass Menschen, die sich intensiv über soziale Medien informieren und Online-Kommentarspalten lesen, tendenziell eine aufgeheiztere Debattenkultur wahrnehmen und die Meinungsfreiheit deshalb als eingeschränkter erachten, weil vor allem in Kommentarbereichen sozialer Medien gerade bei besonders polarisierten Themen eine sehr kritische und häufig auch hassvolle Umgebung anzutreffen ist (Kreißel et al., 2018).

H11: Je intensiver eine Person klassische journalistische Medien rezipiert, umso weniger nimmt sie die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahr.

H12: Je intensiver eine Person alternative und soziale Medien bzw. Online-Kommentarspalten rezipiert, umso eher nimmt sie die Meinungsfreiheit als eingeschränkt wahr.

3. Methodisches Vorgehen

3.1 Design & Stichprobe

Um zu ermitteln, welche Faktoren die Meinungsfreiheitswahrnehmung determinieren, stützen wir uns methodisch auf eine quotierte standardisierte Online-Befragung, die im Anschluss an zwei Pretests Anfang 2020 durchgeführt wurde. Quoziert wurde nach Geschlecht, Alter, Bildung und regionaler Verteilung in Deutschland. Ein kommerzieller Dienstleister (*Dynata*) rekrutierte 1.175 Teilnehmende im Alter von 18 bis 65 Jahren. Darüber hinaus ist an dieser Stelle anzumerken, dass die Studienteilnahme – schlichtweg aus der Tatsache heraus, dass es sich um eine *Online*-Befragung handelt – solchen Personen vorbehalten ist, die das Internet nutzen (sog. „Onliner“). Somit ergibt sich im Vergleich zur deutschen Bevölkerung ein gewisser Abdeckungsfehler der Personen, die kein Internet nutzen. Nachdem zur Qualitätssicherung Befragte mit einer hohen Anzahl fehlender Werte, hohen Geschwindigkeit beim Ausfüllen des Fragebogens und mit Verdacht auf Straight-Lining ausgeschlossen wurden, umfasst unsere endgültige Stichprobe 945 Befragte. Auch nach der Bereinigung waren die Quoten erfüllt. Der Fragebogen ist in *Anhang 1* dokumentiert.

3.2 Abhängige Variable

Um zu untersuchen, wie die Befragten den Stand der Meinungsfreiheit wahrnehmen, haben wir die Zustimmung zu acht Items auf einer fünfstufigen Likertskaala (1 = stimme überhaupt nicht zu, 5 = stimme voll und ganz zu) abgefragt. Fünf Items sind in ihrer Formulierung an Fragen des Instituts für Demokopie angelehnt und zielen auf unterschiedliche Aspekte und Verständnisse von Meinungsfreiheit ab (Köcher, 2019). Dennoch wurden die Items bewusst verwendet, nicht zuletzt deshalb, weil die Befunde aus Allensbach einen zentralen Bezugspunkt der öffentlichen Diskussion um die Meinungsfreiheit seit dem Jahr 2019 bilden. Ein eher allgemeines Item fragt nach einer generellen Einschätzung der Aussage „*Man kann in der Öffentlichkeit zu allem frei seine Meinung äußern*“; ein Item impliziert eine zeitliche Veränderung und stellt Kritik und Angriffe als mögliche Folge einer Meinungsausübung in den Mittelpunkt („*Heutzutage kann man seine Meinung nicht mehr frei sagen, ohne dass die Gefahr besteht, hart kritisiert oder angegriffen zu werden*“); ein weiteres Item macht den Zeitvergleich noch expliziter („*Im Vergleich zu früher muss man heute sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert*“) und die letzten beiden beziehen sich auf unausgesprochene Diskursnormen und Tabus („*Aktuell gibt es in der öffentlichen Debatte viele heikle Themen, bei denen man sich leicht den Mund verbrennen kann*“; „*Es gibt viele ungeschriebene Gesetze darüber, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind und welche eher tabu*“).

Keines dieser Items zielt explizit auf die Beurteilung der verfassungsrechtlichen Garantie oder mögliche Ursachen für wahrgenommene Einschränkungen. Wir haben deshalb drei weitere Items erstellt, die den Begriff der Meinungsfreiheit explizit nennen („*Ich habe das Gefühl, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt ist*“) sowie entweder die emotionale Aufladung von Themen („*Viele Themen sind in der Gesellschaft emotional geladen, weshalb man sich nicht mehr traut, bestimmte Meinungen zu äußern*“) oder eine thematische Polarisierung als Ursachen möglicher Einschränkungen benennen („*Auch bei stark umstrittenen Themen darf man selbst sehr kritische Meinungen in der Öffentlichkeit frei äußern*“).

Obwohl die Zustimmung zu den Items durchaus variierte (siehe 4.1), korrelierten die Antworten der Befragten so hoch, dass für die explanative Analyse ein Index gebildet werden konnte ($\alpha = .874$). Der Mittelwert des Gesamtindexes deutet dabei bereits an, dass die Befragten die Meinungsfreiheit als eher eingeschränkt wahrnehmen ($M = 3.50, SD = .89$).

3.3 Unabhängige Variablen

Politische Prädispositionen: Die *Parteipräferenz* wurde mit der sogenannten Sonntagsfrage gemessen. Im Lichte der zunehmenden Volatilität im Wahlverhalten und abnehmenden Treue zu Parteien (Kern, 2017; Schneider-Haase, 2009) ist zu bedenken, dass das künftige Wahlverhalten der Befragten mithilfe der Sonntagsfrage nur bedingt voraussagbar ist, sondern dass es vielmehr ein Stimmungsbild zum Befragungszeitpunkt darstellt und für diese Studie als Proxyvariable für politische Ein-

stellung dient. Zusätzlich dazu haben wir die Befragten gebeten, sich auf einer elfstufigen Links-Rechts-Skala einzurichten (1 = links, 11 = rechts; $M = 5.82$, $SD = 2.06$). Die *Politikverdrossenheit* wurde durch ein Item zur allgemeinen Demokratiezufriedenheit in Kombination mit den Items zur internen und externen Efficacy der Political-Efficacy-Kurzskala (Beierlein et al., 2012) ermittelt und schließlich zu einem Index zusammengefasst ($\alpha = .674$; $M = 3.01$, $SD = .73$). Die Abfrage der *relativen Deprivation* erfolgte durch einen Index ($\alpha = .740$; $M = 2.59$, $SD = .86$) aus fünf Items einer deutschen Übersetzung der von Callan et al. (2011) entwickelten PRDS (*Personal Relative Deprivation Scale*).

Individueller Umgang mit Konflikten: Die *Persönlichkeitssstärke* haben wir anhand einer Skala bestehend aus neun Items von Noelle-Neumann (1983) gemessen, welche um drei Items von Leonhard et al. (2018) erweitert und in ihrer Gesamtheit in einem Index zusammengefasst wurde ($\alpha = .819$; $M = 3.23$, $SD = .65$). Darüber hinaus wurde eine adaptierte Skala von Eberle et al. (2009) zur Messung der *Konfliktfähigkeit* verwendet und zu einem Index zusammengefasst ($\alpha = .863$; $M = 3.84$, $SD = .61$). Schließlich wurden auch drei Items zum *Konflikt pessimismus* (bzw. -optimismus) von Füllenbach (2009) aufgenommen und zu einem Index zusammengefasst ($\alpha = .672$; $M = 3.24$, $SD = .94$), wobei niedrige Werte Optimismus und hohe Werte Pessimismus indizieren.

Sanktionen infolge von Meinungsausserungen: Zur Beurteilung der *Sanktionserwartungen* (bzw. -ängste) sollten die Befragten auf einer fünfstufigen Skala für elf potenzielle Folgen von Meinungsausserungen abstimmen, inwiefern sie sich vorstellen können, ihre Meinungen in Befürchtung der jeweiligen Folge zurückzuhalten (z. B. Angst davor, missverstanden zu werden, vor Widersprüchen oder vor Beleidigungen; adaptiert aus Neubaum & Krämer, 2018). Diese elf potenziellen Folgen wurden zu einem Index zusammengefasst ($\alpha = .932$; $M = 2.47$, $SD = 1.01$). Zur Ermittlung der tatsächlichen *Sanktionserfahrungen* wurde für exakt dieselben Items auf einer Ja-/Nein-Skala abgefragt, ob die Befragten die jeweiligen Sanktionen bereits erlebt haben. Daraus berechneten wir einen Summenindex. Im Mittel haben die Befragten 5,63 dieser elf Erfahrungen bereits gemacht ($SD = 3.07$). Am häufigsten gaben die Befragten an, dass ihnen widersprochen wurde (94 %), am seltensten, dass sie körperlich angegriffen wurden (16 %). Immerhin 28 Prozent gaben an, negative Konsequenzen im Beruf erlebt zu haben, wobei man bedenken muss, dass nach jeglicher Art von Meinungsausserung gefragt worden war und nicht speziell nach politischen Aussagen.

Themenaufmerksamkeit und Mediennutzung: Mithilfe von fünf selbst entwickelten Items (angelehnt an Reinemann et al., 2013 sowie Kösters & Jandura, 2018) wurde die *Themenaufmerksamkeit* bzw. das (aktive) Informationsverhalten hinsichtlich der Meinungsfreiheitsdebatte ermittelt (z. B. „Wenn ich auf einen Artikel zum Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland stoße, dann lese ich ihn wahrscheinlich gründlich“; „Ich verfolge die Medienberichte zum Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland nur überblicksartig“) und zu einem Index zusammengefasst ($\alpha = .695$; $M = 2.89$, $SD = 1.12$). Zusätzlich wurde die Häufigkeit der *Mediennutzung* für sieben Mediengattungen auf einer fünfstufigen Skala abgefragt (1 = nie, 2 = selten, 3 = mehrmals im Monat, 4 = mindestens einmal in der Woche, 5 = täglich). Basierend auf einer explorativen Faktorenanalyse (Varimax; $KMO =$

.681; Bartlett-Test: $\chi^2(28) = 1690.90, p < .001$) wurden zwei Indizes gebildet: Der erste Index umfasst *traditionelle journalistische Medien* (öffentliche-rechtlicher sowie privater Rundfunk, Boulevard-, Lokal-/Regional- sowie überregionale Zeitungen; $\alpha = .640$; $M = 3.18, SD = .87$). Der zweite beinhaltet Beiträge auf sozialen Netzwerken, in Kommentarbereichen und Alternativmedien (Social-Media-Beiträge, Online-Kommentarspalten, alternative Medienangebote; $\alpha = .731$; $M = 2.16, SD = 1.06$).

Kontrollvariablen: Kontrolliert wurde für Alter, Geschlecht, Bildung (Abitur, kein Abitur), Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland, Migrationshintergrund (Befragte selbst oder ein Elternteil außerhalb Deutschlands geboren) sowie politisches Interesse. Eine Übersicht über deskriptive Statistiken der Indizes befindet sich in *Anhang 2*.

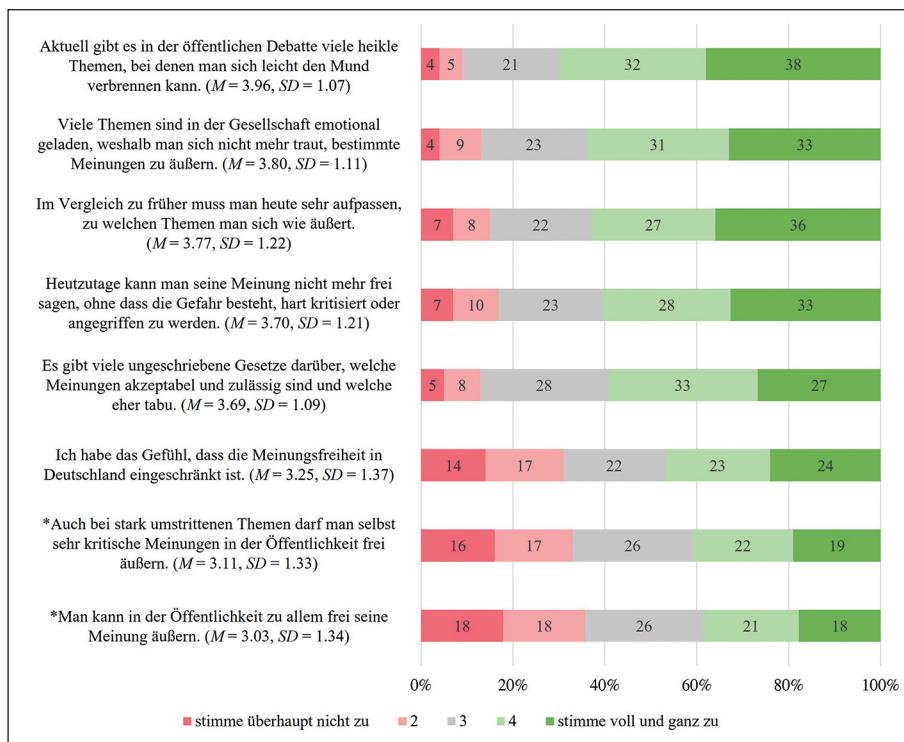
3.4 Analyse

Die Analysen wurden mit SPSS durchgeführt. Zur statistischen Überprüfung der Hypothesen stützen wir uns als zentrales inferenzstatistisches Modell auf eine lineare blockweise multiple Regression mit dem Index zur Wahrnehmung der Meinungsfreiheit als abhängige Variable. Die Voraussetzungen für das Regressionsmodell wurden größtenteils erfüllt. Die VF- sowie Toleranzwerte sowie eine im Vorfeld der Auswertung inspizierte Korrelationsmatrix der unabhängigen Variablen weisen nicht auf Multikollinearität hin. Lediglich die Voraussetzungen der Unabhängigkeit (Durbin-Watson = .823) und der Homoskedastizität der Residuen sind verletzt, sodass wir das Modell mit robusten Standardfehlern berechnet haben.

4. Ergebnisse

4.1 Die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit in Deutschland

Zunächst ist zur Einschätzung des Stands der Meinungsfreiheit allgemein festzuhalten, dass sowohl einzeln abgefragte Items bzw. Indikatoren als auch der Gesamtindex ($M = 3.50, SD = .89$) unserer Skala zur Meinungsfreiheitswahrnehmung über die Stichprobe hinweg vergleichsweise hohe Zustimmung erhält (siehe Abbildung 1). Das deutet darauf hin, dass die Befragten tendenziell nicht der Ansicht sind, ihre Meinung vollumfänglich und ohne Befürchtungen öffentlich vertreten zu können. Dennoch sind die Zustimmungswerte durchaus unterschiedlich, was darauf schließen lässt, dass die Befragten differenzierte Urteile abgeben.

Abbildung 1. Wahrnehmung der Meinungsfreiheit (abhängige Variable)

Anmerkung. * = gedrehtes Item.

Die höchste Zustimmung erhalten die Aussagen dazu, dass es aktuell viele heikle Themen gäbe, bei denen man sich den Mund verbrennen könne (70 % stimmen (eher) zu), man bei Themen die „in der Gesellschaft emotional geladen“ seien, eher vorsichtig sei (64 %), und dass man im Vergleich zu „früher“ heute sehr aufpassen müsse, wie man sich äußere (63 %). Dass große Teile der Befragten der Ansicht sind, man müsse sich zurückhalten und bezüglich seiner Meinungsausserungen einschränken, scheint auch mit der Wahrnehmung der derzeitigen Debattenkultur in Verbindung zu stehen: So finden etwa 60 Prozent, gesellschaftliche bzw. soziale Dynamiken wie „ungeschriebene Gesetze“ oder die „Gefahr von harter Kritik oder Angriffen“ würden die ‚Sagbarkeit‘ und Akzeptanz gewisser Ansichten vorgeben. Dass explizit die Meinungsfreiheit eingeschränkt sei, empfinden dagegen etwas weniger Befragte, allerdings noch immer fast die Hälfte (47 %), und 39 Prozent haben den Eindruck, man dürfe in der Öffentlichkeit seine Meinung nicht frei äußern.

4.2 Prädiktoren der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit

Zur Analyse, welche Faktoren die Meinungsfreiheitswahrnehmung potenziell determinieren, wurde eine lineare, blockweise Regression berechnet. Das Regressionsmodell als Ganzes ist signifikant ($F(24,847) = 16.789, p < .001$) und erklärt

insgesamt 30,3 Prozent der Varianz. Aufgrund des listenweisen Fallausschlusses basieren die Ergebnisse auf einer Fallzahl von $N = 872$ (siehe *Tabelle 1*).

Tabelle 1. Regressionsmodell: Prädiktoren der Meinungsfreiheitswahrnehmung

Prädiktor	β	SE	KI (95%)		p
			UG	OG	
<i>Kontrollvariablen</i>					
Alter	.045	.002	-.002	.008	.188
Geschlecht	.049	.056	-.022	.197	.116
Wohnort (West-/Ost-Deutschland)	.001	.069	-.134	.138	.975
Migrationshintergrund	-.004	.060	-.125	.109	.893
Bildung (kein Abitur/Abitur)	-.023	.057	-.153	.071	.475
Politisches Interesse*	.095	.035	.013	.151	.021
Änderung in R^2 (korrig.)	.022				
<i>Block 1: Politische Prädispositionen</i>					
Links-Rechts-Selbstverortung***	.162	.016	.039	.101	<.001
Parteipräferenz: AfD***	.188	.094	.339	.708	<.001
Parteipräferenz: Grüne***	-.144	.088	-.501	-.155	<.001
Parteipräferenz: CDU/CSU	-.053	.087	-.299	.043	.143
Parteipräferenz: SPD	-.048	.109	-.363	.065	.172
Parteipräferenz: FDP	-.019	.118	-.301	.164	.561
Parteipräferenz: Die Linke	.030	.112	-.132	.308	.432
Parteipräferenz: Nicht-Wahl	.019	.124	-.182	.305	.618
Politische Deprivation*	.086	.037	.018	.161	.014
Politikverdrossenheit ^{1***}	-.291	.053	-.458	-.251	<.001
Änderung in R^2 (korrig.)	.240				
<i>Block 2: Individueller Umgang mit Konflikten</i>					
Persönlichkeitsstärke	.071	.055	-.011	.205	.079
Konfliktfähigkeit**	.122	.055	.070	.285	.001
Konfliktpessimismus*	.092	.035	.018	.155	.013
Änderung in R^2 (korrig.)	.022				
<i>Block 3: Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen</i>					
Sanktionsangst**	.123	.036	.038	.179	.003
Sanktionserfahrungen*	.074	.009	.004	.039	.016
Änderung in R^2 (korrig.)	.015				

Block 4: Themenaufmerksamkeit und Mediennutzung

Themenaufmerksamkeit (Informationsnutzung)**	.088	.025	.021	.120	.005
Nutzung: Traditionelle Medien	-.053	.034	-.121	.013	.116
Nutzung: SNS, UGC, Alternativm.	.014	.030	-.046	.070	.689
Änderung in R ² (korr.)	.004				
R ² (korr.)	.303		F(24;847)=16.789	<.001***	

Anmerkungen. KI = Konfidenzintervall; UG = Untergrenze; OG = Obergrenze

¹Hohe Werte indizieren politisches Vertrauen, niedrige Werte Politikverdrossenheit.

*** $p < .001$; ** $p \leq .01$; * $p \leq .05$; $N = 872$

Politische Prädispositionen

Der Block an Variablen zu politischen Prädispositionen erklärt zusätzliche 24,0 Prozent an Varianz sowie im Vergleich mit allen anderen Blöcken den größten Anteil. Die erste Hypothese geht davon aus, dass Befragte, die sich selbst weiter rechts auf dem politischen Spektrum einordnen, die Möglichkeiten zur freien Meinungsäußerung eher als eingeschränkt ansehen. Sie kann auf Basis unserer Ergebnisse bestätigt werden ($\beta = .162, p < .001$). Dieser Befund steht im Einklang mit den Ergebnissen von Unzicker (2018) sowie Revers und Traunmüller (2020) und stützt H1. Auch hinsichtlich der Parteipräferenz können wir die Ergebnisse früherer Studien (z. B. Petersen, 2021; Unzicker, 2018) replizieren und H2 bestätigen: Die Unterstützung der AfD geht mit der Wahrnehmung einher, dass die Meinungsfreiheit eingeschränkt ist ($\beta = .188, p < .001$). Weiterhin finden wir einen signifikanten Effekt für die Unterstützung der Grünen ($\beta = -.144, p < .001$), der in die entgegengesetzte Richtung weist. Wählerinnen und Wähler der Grünen sehen die Meinungsfreiheit also als weniger eingeschränkt als Personen, die die Grünen nicht wählen.

Die Regression verweist zudem sowohl für die relative Deprivation ($\beta = .086, p = .014$) als auch für das Ausmaß der Politikverdrossenheit ($\beta = -.291, p < .001$) in die angenommene Richtung. Beide Faktoren erklären also die Wahrnehmung einer stärkeren Einschränkung der Meinungsfreiheit, wobei die Politikverdrossenheit den stärksten Effekt aller einbezogenen Variablen hat. Daher werden auch H3 und H4 angenommen.

Individueller Umgang mit Konflikten

Die einbezogenen Persönlichkeitseigenschaften, die das Verhalten in Konflikt-situationen bedingen, erklären weitere 2,2 Prozent an Varianz. Die Persönlichkeitsstärke ist kein signifikanter Prädiktor der Meinungsfreiheitswahrnehmung ($\beta = .071, p = .079$), weshalb H5 abgelehnt wird. Hinsichtlich der Konfliktfähigkeit zeigt sich, dass Befragte mit höherer Konfliktfähigkeit eine stärkere Einschränkung wahrnehmen ($\beta = .122, p = .001$). Die Richtung des Effekts weist jedoch entgegen unserer Hypothese (H6). Eine Erklärung für diesen überraschenden Befund könnte sein, dass Personen, die Konflikten offener gegenüberstehen und

demnach wahrscheinlich häufiger an Meinungsaustausch und Diskussionen teilnehmen, eine polarisiertere Debattenkultur wahrnehmen. Dies könnte gegebenenfalls in subjektiven Wahrnehmungen der zeitlichen (gesellschaftspolitischen) Veränderungen begründet sein und bedarf weiterer Untersuchungen.

Hinsichtlich des Konflikt pessimismus zeigt sich ebenfalls ein signifikanter Effekt ($\beta = .092, p = .013$), der hingegen in die erwartete Richtung weist und H7 bestätigt: Je pessimistischer jemand in Konfliktsituationen ist, desto eher erachtet die Person die Meinungsfreiheit als eingeschränkt. Pessimistische Denkmuster lassen auch darauf schließen, dass Personen sich eher auf negative Erfahrungen und im Kontext von Diskussionssituationen auf Gegenwind oder gegensätzliche Meinungen fokussieren, weshalb der Meinungsaustausch und aggregiert der Stand der Meinungsfreiheit als eingeschränkt bewertet werden kann.

Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen

Der dritte Block an Variablen erklärt zusätzliche 1,5 Prozent an Varianz. Hinsichtlich der befürchteten Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen zeigt die Analyse, dass die Wahrnehmung einer eingeschränkten Meinungsfreiheit mit zunehmender Angst vor physischen oder psychischen Sanktionen zunimmt ($\beta = .123, p = .003$). Dies bestätigt H8 und könnte auf die Mechanismen von Noelle-Neumanns (1974) Schweigespirale zurückgeführt werden: Sind Individuen der Ansicht, die eigene Meinung entspräche der Minderheitsmeinung und würde in der Folge auf großen öffentlichen Gegenwind stoßen, sind sie geneigt, diese aus Angst vor sozialer Isolation zurückzuhalten. Ebenso zeigt sich, dass Befragte, welche infolge von Meinungsäußerungen bereits die aufgezählten Sanktionen erlebt haben, eine stärkere Einschränkung berichten ($\beta = .074, p = .016$). H9 wird daher angenommen.

Themenaufmerksamkeit und Mediennutzung

Der vierte Block erklärt nur zusätzliche 0,4 Prozent der Varianz. Der Grad an Aufmerksamkeit für die Thematik rund um die Meinungsfreiheit beeinflusst signifikant die Wahrnehmung, dass diese eingeschränkt sei. Dieser Effekt verläuft unseren theoretischen Annahmen entsprechend ($\beta = .088, p = .005$), sodass wir H10 bestätigt sehen. Je intensiver eine Person aktiv nach Informationen über den Zustand der Meinungsfreiheit sucht, desto stärker nimmt sie diese als eingeschränkt wahr. In Bezug auf die Mediennutzung zeigt sich letztlich kein signifikanter Effekt. Weder eine verstärkte Nutzung klassischer Medien (H11, $\beta = -.053, p = .116$) noch die intensive Rezeption alternativer und/oder sozialer Medien(-inhalten) (H12, $\beta = .030, p = .689$) determinieren die Meinungsfreiheitswahrnehmung.

Kontrollvariablen

Zuletzt ist noch festzuhalten, dass in der Regressionsanalyse keine signifikanten Effekte für Alter, Geschlecht, Wohnsitz in Ost- oder Westdeutschland, Migrationshintergrund und Bildung (Abitur/kein Abitur) nachgewiesen werden konnten. Allerdings zeigt sich ein Effekt des politischen Interesses: Befragte, die ein höheres

politisches Interesse angeben, erachten die Meinungsfreiheit eher als eingeschränkt ($\beta = .095, p = .021$).

5. Diskussion & Fazit

Was ist in Deutschland noch sagbar? Ist der lebendige Meinungsaustausch als Kernelement der Demokratie in Gefahr? Behauptungen aus Teilen der Medienlandschaft und Politik legen eine solche Einschätzung nahe. Auch Befunde demokopischer Institute (u. a. Köcher, 2019; Petersen, 2021) sowie die vorliegende Untersuchung zeigen, dass eine beträchtliche Zahl an Menschen die Meinungsfreiheit als eingeschränkt erachtet. Vor dem Hintergrund der weitreichend scheinenden Verfassungsgarantien, einer geringen Zahl an gesetzlichen Einschränkungen sowie international vergleichenden Studien, die Deutschland ein hohes Maß an Meinungsfreiheit attestieren (z. B. Freedom House, 2021; V-Dem, 2022), sind diese Befunde erklärbare. Daher sind wir in diesem Beitrag der Frage nachgegangen, welche individuellen Merkmale die Wahrnehmung größerer oder geringerer Einschränkungen der Meinungsfreiheit erklären können. Wir haben dabei aufgrund der überschaubaren Literaturlage bewusst ein eher breites Netz ausgeworfen und sehr unterschiedliche potenzielle Erklärungsfaktoren in die Analyse einbezogen. Die Wahrnehmung von ‚Meinungsfreiheit‘ wurde dabei über acht Aussagen gemessen, die sich nicht nur auf die Wahrnehmung möglicher staatlicher oder rechtlicher Einschränkungen, sondern auch auf die Offenheit der Diskussionskultur bezogen. Unsere Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Auch in unserer Studie halten erhebliche Teile der deutschen Bevölkerung verschiedene Aspekte der Meinungsfreiheit für nicht gegeben. Allerdings variiert dieser Anteil je nachdem, wonach man fragt. So stimmen etwa 70 Prozent der Aussage zu, dass man sich mit heiklen Themen schnell den Mund verbrennen kann, aber ‚nur‘ knapp die Hälfte, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt sei. Vor dem Hintergrund aktueller Debatten und bisheriger Studien zum Thema lässt sich jedoch annehmen, dass aus Sicht der Bevölkerung sowohl soziale als auch staatliche Einschränkungen als Bedrohungen der Meinungsfreiheit wahrgenommen und in Analysen dementsprechend breit einbezogen werden sollten. Dies zeigte sich auch auf Basis unserer Daten, dementsprechend ergeben die acht verwendeten Items einen reliablen Index zur Abbildung der Wahrnehmung von Meinungsfreiheit.

2. Die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit wird von ganz unterschiedlichen Faktoren beeinflusst, aber politische Prädispositionen scheinen mit Abstand am wichtigsten zu sein. Sie erklären 24 Prozent der Varianz. Der stärkste Einfluss geht dabei von der individuellen Politikverdrossenheit aus: Wer unzufriedener mit der Demokratie sowie dem Einfluss auf und der Responsivität der Politik ist, sieht auch die Meinungsfreiheit eher als eingeschränkt an. Einen etwas schwächeren Einfluss in diese Richtung haben eine Parteipräferenz für die AfD sowie eine eher rechte Selbstverortung im politischen Spektrum. Ein gegenteiliger Effekt zeigt sich bei denjenigen, die zu Bündnis 90/Die Grünen neigen. Allerdings wäre es verkürzt, aus diesen Befunden die Schlussfolgerung zu ziehen, Einschränkungen der Meinungsfreiheit würden nur auf der äußerst rechten Seite des politischen Spektrums wahrgenommen und seien deshalb wohl allein dadurch bedingt, dass ‚rechte‘ oder

konservative Ansichten im öffentlichen Diskurs nicht repräsentiert bzw. öffentlich sagbar seien. Denn ein nochmaliger Blick in die Daten zeigt, dass auch unter den Wählerinnen und Wählern von Bündnis 90/Die Grünen und der anderen Parteien jeweils mehr als die Hälfte deutliche Probleme im Hinblick auf die Meinungsfreiheit sieht, wenn man die Items unseres Indizes heranzieht.¹

3. Neben politischen Einstellungen scheinen auch individuelle Konfliktfähigkeit und die Beurteilung von Konflikten bedeutsam zu sein. Während, wie angenommen, konflikt pessimistische Personen die Meinungsfreiheit eher als eingeschränkt wahrnehmen, äußern entgegen unserer theoretischen Annahme auch konfliktfähige Personen ein entsprechendes Empfinden. Möglicherweise begeben sich konfliktfähige Personen häufiger (auch bewusst) in Auseinandersetzungen, nehmen Konflikte intensiver wahr und/oder setzen sich stärker mit vorherrschenden Meinungsverschiedenheiten auseinander. Dies wäre allerdings in künftigen Studien zu prüfen.

4. Es zeigt sich, dass die Angst vor negativen Folgen eigener Meinungsausßerungen und – etwas schwächer – auch tatsächlich erlebte Sanktionen nach Meinungsausßerungen mit einer stärker wahrgenommenen Einschränkung der Meinungsfreiheit zusammenhängen. Wie genau dies zu erklären ist, müsste ebenfalls genauer untersucht werden. Möglich ist, dass die Äußerung kontroverser Positionen eher zu Widerspruch Dritter und dann in der Folge zu stärkeren Sanktionserwartungen führt. Dies wiederum könnte sich auf die erlebte und damit wahrgenommene Meinungsfreiheit auswirken. Da Sanktionsangst und Sanktionserwartungen aber offenbar nicht das Gleiche sind, kann man annehmen, dass Sanktionsangst hier auch über die Wahrnehmung dissonanter Meinungen bzw. einer der eigenen widersprechenden Mehrheitsmeinung induziert werden kann (*Schweigespirale*; Noelle-Neumann, 1974).

5. Die Nutzung klassischer journalistischer Medien und die Nutzung von Social Media, Kommentaren und Alternativmedien beeinflusste die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit dagegen nicht. Nur die aktive Suche nach themenrelevanten Informationen hatte einen Effekt, allerdings war dieser sehr klein. Ein differenzierterer Blick auf die Informationsrepertoires, etwa in Hinblick auf die Exklusivnutzung von Alternativmedien, die subjektive Bedeutung von Quellen oder interpersonale Kommunikation könnte hier eine sinnvolle Erweiterung künftiger Studien sein.

Zusammenfassend bestätigt die vorliegende Studie auch in einer multivariaten Analyse den deutlichen Zusammenhang von politischen Einstellungen und Wahrnehmungen der Meinungsfreiheit. Dabei sind zwar nicht allein die Positionierung auf der Links-Rechts-Skala und die Nähe zum Rechtspopulismus entscheidend, beides spielt aber neben einer allgemeinen Politikverdrossenheit eine wichtige Rolle. Wie jede empirische Studie weist auch die vorliegende aber eine Reihe von Limitationen auf.

1 Dies veranschaulichen deskriptive Kennzahlen in Form (1) gruppenweiser Mittelwerte des Index zur Meinungsfreiheitswahrnehmung, wobei quasi-metrische Prädiktoren anhand eines Median-splits gruppiert wurden, sowie (2) des Anteils an Befragten der jeweiligen Gruppen, die Probleme in Bezug auf unterschiedliche Facetten der Meinungsfreiheit sehen. Die Kennzahlen zeigen, dass der Anteil an Personen unter AfD-Wählerinnen und Wählern, die über diesem Mittelpunkt liegen, mit 96 Prozent zwar besonders hoch ist, dass aber daneben auch ein beträchtlicher Teil an Personen, die andere Parteien wählen, Probleme sieht. Für den weiteren signifikanten Prädiktor der Wahl von Bündnis 90/Die Grünen liegt dieser Anteil bei 55 Prozent, für alle anderen Parteien zwischen 61 und 75 Prozent. Eine Dokumentation dieser Kennzahlen für alle signifikanten Prädiktoren befindet sich in *Anhang 3*.

Erstens kann die vorliegende Analyse keine Antwort darauf geben, ob eine bestimmte Kausalrichtung im Verhältnis von Meinungsfreiheitswahrnehmungen und den hier als Prädispositionen betrachteten Konstrukten dominiert. Wir wissen also beispielsweise nicht, ob es die Wahrnehmung einer eingeschränkten Meinungsfreiheit ist, die zu Politikverdrossenheit führt oder umgekehrt. Ebenso wissen wir zum Beispiel nicht, ob die Nähe zur AfD dazu führt, dass man die Meinungsfreiheit als eingeschränkt betrachtet oder ob die Wahrnehmung entsprechender Einschränkungen die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass man die AfD wählen möchte. Beantworten könnte man diese Frage nur in längsschnittlichen (Panel-)Studien, die aber natürlich retrospektiv nicht möglich sind und zukünftig in die Forschung zum Thema einbezogen werden sollten.

Zweitens musste im Rahmen dieser Studie offenbleiben, was die Befragten eigentlich genau unter dem Begriff ‚Meinungsfreiheit‘ verstehen und wie groß diesbezüglich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind. Einen Hinweis darauf, dass sich das Verständnis der Befragten möglicherweise deutlich vom juristisch-verfassungsrechtlichen Verständnis unterscheidet, geben die verschiedenen Items, die wir zur Bildung unseres Wahrnehmungs-Indizes verwendet haben. Denn hier finden sich Aussagen, die mit dem engen juristischen Begriff von ‚Meinungsausäußerungsfreiheit‘ nur bedingt etwas zu tun haben, aber dafür sehr viel mit ‚Diskussionskultur‘ und der Polarisierung von Diskursen zu bestimmten ‚heiklen‘ Themen. Dass sich aus diesen doch recht verschiedenen Items ein funktionierender Index bilden ließ, macht deutlich, dass man der Frage des subjektiven Verständnisses von ‚Meinungsfreiheit‘ unbedingt nachgehen muss – nicht zuletzt deshalb, weil sie den Kern der politischen Bewertung und Interpretation auch unserer Befunde betrifft. Wir tun dies gerade in einer Folgestudie.

Die dritte Limitation ist, dass für die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit keine etablierten Skalen existierten. Daher wurde die Variable mittels einer selbst erstellten Item-Batterie operationalisiert. Hierfür konnten wir auf erste empirische Untersuchungen von Köcher (2019) zurückgreifen. Da die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit jedoch auch sehr facettenreich ist, sollte das Ziel möglicher Anschlussstudien dennoch sein, eben diese potenziellen Facetten der Meinungsfreiheitswahrnehmung herauszuarbeiten, um Einflussfaktoren differenzierter betrachten zu können.

Zu betonen ist viertens die Kontextabhängigkeit der Befunde: Je nach länderspezifischer Gesetzgebung und/oder kultureller, politischer und gesellschaftlicher Verankerung der Meinungsfreiheit ist davon auszugehen, dass sich Wahrnehmungen und Prädiktoren im Vergleich zu den Befunden für Deutschland unterscheiden können. Dennoch können die theoretisch hergeleiteten Einflussfaktoren sicherlich auch auf andere internationale Kontexte übertragen und angewandt werden sowie dafür genutzt werden, spezifische Gruppen differenziert zu betrachten und zu prüfen, ob – unter Umständen auch auf Basis unterschiedlicher Mediennutzungs- oder Teilhabegewohnheiten – auch differierende Faktoren die Meinungsfreiheitswahrnehmung determinieren.

Die fünfte und vielleicht wichtigste Einschränkung ist, dass wir hier keine Antwort auf die Frage nach *substanziellen* Ursachen der beschriebenen Zusammenhänge geben, sondern nur Korrelate von Wahrnehmungen auf der Individualebene zeigen können. Als eigentliche Ursachen kommen aber eine ganze Reihe von

Faktoren, Prozessen und Entwicklungen in Frage, die wir hier nur kurz anreißen können: So könnte die Wahrnehmung eines ‚feindlichen‘, den eigenen Überzeugungen widersprechenden Medientenors etablierter Nachrichtenmedien die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit beeinflussen (*Medienwahrnehmungen*). Insbesondere für Politikverdrossene und Wählerinnen und Wähler der AfD wissen wir, dass sie ein geringes Vertrauen in etablierte Medien haben, das nicht zuletzt aus einem Gefühl mangelnder medialer Repräsentanz der eigenen Meinung (z. B. Fawzi, 2019; Schindler et al., 2018) und mit dem Gefühl der Bevormundung durch Medien korreliert (Obermaier, 2020). Der Eindruck, sich einem dominierend ‚linken‘ Medientenor ausgesetzt zu sehen, ist deshalb für politisch weiter rechts positionierte Personen möglicherweise ein Grund für die Wahrnehmung eingeschränkter Meinungsfreiheit. Dabei kann es auch eine Rolle spielen, dass der Medientenor – neben anderen Quellen wie Umfragen – die Wahrnehmung des herrschenden Meinungsklimas beeinflussen kann, was sich wiederum auf die Wahrnehmung von Restriktionen von Meinungsfreiheit auswirken kann (Quiring et al., 2020).

Eine weitere Ursache könnten Wirkungen des Meinungsfreiheits-Narratives rechtspopulistischer Akteure sein. Das Narrativ einer eingeschränkten ‚Meinungsfreiheit‘, die durch ‚Political Correctness‘ oder ‚Cancel Culture‘ attackiert wird, gehört mittlerweile wohl zum Standardrepertoire insbesondere des Rechtspopulismus (z. B. Lanius, 2020; Scott-Baumann & Perfect, 2021). Es liegt deshalb nahe, einen Einfluss der entsprechenden Botschaften vor allem auf die Anhängerinnen und Anhänger dieser Parteien zu vermuten.

Darüber hinaus könnte die Wahrnehmung einer aggressiven Diskussionskultur insbesondere durch Debatten im Internet determiniert werden, die selbst erlebt werden oder von denen Menschen aus der Medienberichterstattung erfahren. So gibt es Hinweise darauf, dass sich die Wahrnehmung, frei sprechen zu können, in verschiedenen Öffentlichkeiten deutlich unterscheidet und vor allem im Internet erhebliche Einschränkungen oder Sanktionsängste wahrgenommen werden (Köcher, 2019; Neubaum & Krämer, 2018).

Auch Effekte der medialen Berichterstattung über die Themen ‚Meinungsfreiheit‘, ‚Cancel Culture‘ etc., aber auch über die Diskussionskultur im Netz, über gesellschaftliche Polarisierung und ausbleibende Verständigung bei Meinungsverschiedenheiten als Ursachen entsprechender Wahrnehmungen sind denkbar (*Medieneffekte*). Zwar zeigten sich in unserer Analyse keine Einflüsse der Mediennutzung, allerdings wurde die Nutzung recht undifferenziert erhoben und beispielsweise auch keine Vertrauensurteile über Medien abgedeckt, die sich teilweise als bessere Prädiktoren für Medienwirkungen erwiesen haben als reine Nutzungs-Indikatoren (z. B. Fawzi et al., 2021; Strömbäck et al., 2020).

Schließlich kann man auf einer noch allgemeineren Ebene den Wandel der gesellschaftlichen Wissensordnung als eine Ursache für die zunehmende Wahrnehmung einer eingeschränkten Meinungsfreiheit vermuten. Wenn die Grenzen zwischen Fakten und Meinungen scheinbar unklarer, Kriterien für die Beurteilung von Faktizität häufiger strittig und geteilte Wissensbestände kleiner werden, dann könnte es sein, dass sich häufige Auseinandersetzungen darüber zu einem Treiber für die zunehmende Wahrnehmung eingeschränkter Meinungsfreiheit werden (Neuberger et al., 2019).

Aus den Befunden und Limitationen ergeben sich zahlreiche Forschungsperspektiven. Neben den bereits genannten, erachten wir es als zentral, dass weitere Studien an der herausragenden Relevanz politischer Prädispositionen ansetzen. Dabei könnten auf individueller Ebene als mögliche Ursachen populistische Einstellungen, aber auch politische Partizipationsfaktoren einbezogen werden. Gleiches wäre es im thematischen Kontext gewinnbringend, den medialen Diskurs über Meinungsfreiheit und Diskussionskultur in klassischen Medien, Alternativmedien und Social Media zu untersuchen, um eine Beurteilung zu erlauben, wie sich die Inhalte verschiedener einzelner Angebote, die wir hier zu groben Kategorien zusammengefasst haben, in ihrer Darstellung des Stands der Meinungsfreiheit unterscheiden. Denn nur durch die Kombination aus Inhaltsanalysen und Befragungen lassen sich etwaige Effekte auf die Interpretation des Konzepts und die Wahrnehmungen von Meinungsfreiheit nachzeichnen.

Gleichermaßen gilt für Aussagen und Narrative politischer Akteure zum Thema. Auch hier liegen bislang kaum empirische Befunde dazu vor, wie diese die Situation der Meinungsfreiheit im Kontext von (Kampf-)Begriffen wie ‚Cancel Culture‘, ‚Zensur‘ oder ‚Meinungsdiktatur‘ schildern, welche Bedeutung diese Themen haben und welche Effekte sie in der potentiellen Wählerschaft erzielen (Lanius, 2020). Da auch diese Untersuchung nahelegt, dass sich ‚Meinungsfreiheit‘ zu einem politisch bedeutsamen Issue entwickelt hat, sind weiterführende Studien hierzu von zentraler Bedeutung.

Literatur

- Andersen, K., Shehata, A., & Andersson, D. (2021). Alternative news orientation and trust in mainstream media: A longitudinal audience perspective. *Digital Journalism*. Advance online publication. <https://doi.org/10.1080/21670811.2021.1986412>
- Bartels, L. M. (2002). Beyond the running tally: Partisan bias in political perceptions. *Political Behavior*, 24(2), 117–150. <https://doi.org/10.1023/A:1021226224601>
- Beierlein, C., Kemper, C. J., Kovaleva, A., & Rammstedt, B. (2014). Political Efficacy Kurzskala (PEKS) [Political efficacy short scale]. In Leibniz-Zentrum für Psychologische Information und Dokumentation (ZPID) (Hrsg.), *Elektronisches Testarchiv (PSYNDEX Tests-Nr. 9006492)*. ZPID. <https://doi.org/10.6102/zis34>
- Callan, M. J., Shead, N. W., & Olson, J. M. (2011). Personal relative deprivation, delay discounting, and gambling. *Journal of Personality and Social Psychology*, 101(5), 955–973. <https://doi.org/10.1037/a0024778>
- Cremer, H. (2020). *Verbreitung rassistischen Gedankenguts – Meinungsfreiheit hat Grenzen* [Dissemination of racist ideas – freedom of speech has limits]. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD2/WsD2_Verbreitung_rassistischen_Gedankenguts_-_Meinungsfreiheit_hat_Grenzen.pdf
- Deutscher Bundestag (2019). *Plenarprotokoll 19/130. Deutscher Bundestag. Stenografischer Bericht. 130. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 27. November 2019* [Plenary protocol 19/130. German Bundestag. Stenographic report. 130th session. Berlin, Wednesday, November 27, 2019]. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/19/19130.pdf>
- Eberle, F., Schumann, S., Oepke, M., Müller, C., Barske, N., Pflüger, M., & Hesske, S. (2009). *Instrumenten- und Skalendokumentation zum Forschungsprojekt „Anwendungs- und problemorientierter Unterricht in gymnasialen Lehr-/Lernumgebungen*

- (APU)“ [Instrument and scale documentation for the research project “Application and problem-oriented teaching in secondary school teaching/learning environments (APU)”. https://digitalcollection.zhaw.ch/bitstream/11475/13137/1/Skalendokumentation-APU_2009_SC3.4.pdf
- Fawzi, N. (2019). Untrustworthy news and the media as “enemy of the people?” How a populist worldview shapes recipients’ attitudes toward the media. *The International Journal of Press/Politics*, 24(2), 146–164. <https://doi.org/10.1177/1940161218811981>
- Fawzi, N., Steindl, N., Obermaier, M., Prochazka, F., Arlt, D., Blöbaum, B., Dohle, M., Engelke, K. M., Hanitzsch, T., Jackob, N., Jakobs, I., Klawier, T., Post, S., Reinemann, C., Schweiger, W., & Ziegele, M. (2021). Concepts, causes and consequences of trust in news media – A literature review and framework. *Annals of the International Communication Association*, 45, 154–174. <https://doi.org/10.1080/23808985.2021.1960181>
- Flynn, D. J., Nyhan, B., & Reifler, J. (2017). The nature and origins of misperceptions: Understanding false and unsupported beliefs about politics. *Political Psychology*, 38, 127–150. <https://doi.org/10.1111/pops.12394>
- Freedom House (2021). *Freedom in the world 2021. Germany*. Freedom House. <https://freedomhouse.org/country/germany/freedom-world/2021>
- Füllenbach, B. (2009). *Wege aus dem Konflikt. Konfliktvermittlung in Organisationen. Fach- und Führungskräfte als betriebliche Konfliktberater* [Ways to overcome conflict. Conflict mediation in organizations. Specialists and managers as conflict advisors in companies]. <https://www.yumpu.com/de/document/read/6129571/ein-fragebogen-für-die-bewerberauswahl-alumni-der-psychologie->
- Gadinger, F. (2019). Lügenpresse, gesunder Volkskörper, tatkräftiger Macher: Erzählformen des Populismus [Lying press, healthy people's body, energetic doer: Narrative forms of populism]. In M. Müller & J. Precht (Hrsg.), *Narrative des Populismus* (S. 115–146). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22374-8_7
- Garton Ash, T. (2016). *Free speech: Ten principles for a connected world*. Yale University Press.
- Gensheimer, T., & Frankenberger, R. (2019). Themen, Thesen, Argumente. Die Bedeutung von politischem System, Politikfeldern und Beteiligungsangeboten für AfD- und Nicht-AfD-Wähler im Vergleich [Issues, hypotheses, arguments. The relevance of the political system, policy fields, and participatory opportunities compared for AfD- and non-AfD-voters]. In Baden-Württemberg Stiftung (Hrsg.), *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2016/2017* (S. 103–128). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-23331-0_6
- Habermas, J. (1982). *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft* [Theory of communicative action. Volume 2: On the critique of functionalist reason]. Suhrkamp.
- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* [Structural change of the public sphere. Studies on a category of bourgeois society]. Suhrkamp.
- Heft, A., Mayerhöffer, E., Reinhardt, S., & Knüpfer, C. (2020). Beyond Breitbart: Comparing right-wing digital news infrastructures in six western democracies. *Policy & Internet*, 12(1), 20–45. <https://doi.org/10.1002/poi3.219>
- Hmielowski, J. D., Feldman, L., Myers, T. A., Leiserowitz, A., & Maibach, E. (2014). An attack on science? Media use, trust in scientists, and perceptions of global warming. *Public Understanding of Science*, 23(7), 866–883. <https://doi.org/10.1177/0963662513480091>
- Imbusch, P., & Heitmeyer, W. (2012). Dynamiken gesellschaftlicher Integration und Desintegration [Dynamics of social integration and disintegration]. In W. Heitmeyer & P. Imbusch (Hrsg.), *Desintegrationsdynamiken* (S. 9–25). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Imhof, K. (2008). Theorie der Öffentlichkeit als Theorie der Moderne [Theory of the public sphere as a theory of modernity]. In C. Winter, A. Hepp, & F. Krotz (Hrsg.), *Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft: Grundlegende Diskussionen, Forschungsfelder und Theorieentwicklungen* (S. 65–89). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kellner, P. (2016). *Analyse: Welches Menschenrecht ist am wichtigsten?* [Analysis: Which human right is most important?]. YouGov. <https://yougov.de/news/2016/03/31/analyse-welches-menschenrecht-ist-am-wichtigsten/>
- Kern, A. (2017). Identifikation mit politischen Parteien und Demokratiezufriedenheit: Eine Längsschnittanalyse zum Einfluss von Parteidentifikation in Deutschland [Identification with political parties and satisfaction with democracy: A longitudinal analysis of the influence of party identification in Germany]. *PVS Politische Vierteljahrsschrift*, 58(1), 51–76. <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2017-1-51>
- Klausmann, V. (2019). *Meinungsfreiheit und Rechtsextremismus. Das antinationalsozialistische Grundprinzip des Grundgesetzes* [Freedom of expression and right-wing extremism: The basic anti-national-socialist principle of the German constitution]. Nomos.
- Köcher, R. (2019). *Grenzen der Freiheit. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 119 vom 23. Mai 2019* [Limits of freedom. A documentation of the article by Prof. Dr. Renate Köcher in the Frankfurter Allgemeine Zeitung no. 119 of May 23, 2019]. Institut für Demoskopie Allensbach. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/user_upload/FAZ_Mai2019_Meinungsfreiheit.pdf
- Koreng, A. (2015). Hate Speech im Internet – eine rechtliche Einordnung [Hate speech on the Internet – a legal classification]. In Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), „*Geh sterben!*“: *Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet* (S. 33–34). Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2015/04/Geh_sternen_web.pdf
- Kösters, R., & Jandura, O. (2018). Politische Kommunikation in heterogenen Lebenswelten. Kommunikationspraxis in politischen Milieus und Bedingungen ihrer Integration [Political communication in heterogeneous environments: Communication practice in political milieus and conditions of their integration]. *Studies in Communication and Media (SCM)*, 7(2), 129–185. <https://doi.org/10.5771/2192-4007-2018-2-1>
- Kreifel, P., Ebner, J., Urban, A., & Guhl, J. (2018). *Hass auf Knopfdruck. Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz* [Hate at the push of a button: Right-wing troll factories and the ecosystem of coordinated hate campaigns on the net]. Institute for Strategic Dialogue. https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf
- Lanius, D. (2020). Meinungsfreiheit und die kommunikative Strategie der Rechtspopulisten [Freedom of speech and the communicative strategy of right-wing populists]. In T. Schultz (Hrsg.), *Was darf man sagen? Meinungsfreiheit im Zeitalter des Populismus* (S. 75–112). Kohlhammer.
- Leonhard, L., Rueß, C., Obermaier, M., & Reinemann, C. (2018). Perceiving threat and feeling responsible: How severity of hate speech, number of bystanders, and prior reactions of others affect bystanders' intention to counterargue against hate speech on Facebook. *Studies in Communication and Media (SCM)*, 7(4), 555–579. <https://doi.org/10.5771/2192-4007-2018-4-555>
- Lindolf, T. R. (1988). Media audiences as interpretive communities. *Annals of the International Communication Association*, 11(1), 81–107. <https://doi.org/10.1080/23808985.1988.11678680>

- Meltzer, C. E. (2017). *Medienwirkung trotz Erfahrung. Der Einfluss von direkter und medial vermittelter Erfahrung eines Ereignisses* [Media impact inspite of experience: The influence of direct and media-mediated experience of an event]. Springer VS.
- Moffitt, B. (2017). Liberal illiberalism? The reshaping of the contemporary populist radical right in Northern Europe. *Politics and Governance*, 5(4), 112. <https://doi.org/10.17645/pag.v5i4.996>
- Müller, P., & Schulz, A. (2021). Alternative media for a populist audience? Exploring political and media use predictors of exposure to Breitbart, Sputnik, and Co. *Information, Communication & Society*, 24(2), 277–293. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2019.1646778>
- Naab, T. K., & Scherer, H. (2009). Möglichkeiten und Gefahren der Meinungsfreiheit [Possibilities and dangers of freedom of speech]. *Publizistik*, 54(3), 373–389. <https://doi.org/10.1007/s11616-009-0056-7>
- Neubaum, G., & Krämer, N. C. (2018). What do we fear? Expected sanctions for expressing minority opinions in offline and online communication. *Communication Research*, 45(2), 139–164. <https://doi.org/10.1177/0093650215623837>
- Neuberger, C., Bartsch, A., Reinemann, C., Fröhlich, R., Hanitzsch, T., & Schindler, J. (2019). Der digitale Wandel der Wissensordnung: Theorienrahmen für die Analyse von Wahrheit, Wissen und Rationalität in der öffentlichen Kommunikation [The digital transformation of knowledge order: Theoretical frameworks for the analysis of truth, knowledge, and rationality in public communication]. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 67(2), 167–186. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2019-2-167>
- Nickerson, R. S. (1998). Confirmation bias: A ubiquitous phenomenon in many guises. *Review of General Psychology*, 2(2), 175–220. <https://doi.org/10.1037/1089-2680.2.2.175>
- Noelle-Neumann, E. (1974). The spiral of silence. A theory of public opinion. *Journal of Communication*, 24, 43–51. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1974.tb00367.x>
- Noelle-Neumann, E. (1983). Persönlichkeitsstärke: Ein neues Kriterium zur Zielgruppenbestimmung [Personality strength: a new criterion for target group identification]. In Spiegel Dokumentation (Hrsg.), *Persönlichkeitsstärke: Ein neuer Maßstab zur Bestimmung von Zielgruppenpotentialen* (S. 7–21). Spiegel-Verlag.
- Obermaier, M., Haim, M., & Reinemann, C. (2014). Emotionen bewegen? Ein Experiment zur Wirkung von Medienbeiträgen mit Emotionalisierungspotential auf Emotionen, politische Partizipationsabsichten und weiterführende Informationssuche [Do emotions move? An experiment on the effect of media contributions with emotionalization potential on emotions, political participation intentions, and further information Search]. *Medien- & Kommunikationswissenschaft*, 62(2), 216–235. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2014-2-216>
- Obermaier, M. (2020). *Vertrauen in journalistische Medien aus Sicht der Rezipienten. Zum Einfluss soziopolitischer und performanzbezogener Erklärgrößen* [Trust in journalistic media from the perspective of the recipients: On the role of sociopolitical and performance-related explanatory variables]. Springer VS.
- Petersen, T. (2013). *Tatsächliche und gefühlte Intoleranz: Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 67 vom 20. März 2013* [Factual and perceived intolerance: A documentation of the article by Dr. Thomas Petersen in the Frankfurter Allgemeine Zeitung no. 67 of March 20, 2013]. Institut für Demoskopie Allensbach. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/Maerz13_Intoleranz.pdf
- Petersen, T. (2020). *Forschungsfreiheit an deutschen Universitäten. Ergebnisse einer Umfrage unter Hochschullehrern* [Freedom of research at German universities. Results of a survey among lecturers in higher education]. Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung. <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Studie+des+Instituts+f%3BCr+De>

- moskopie+Allensbach+zur+Forschungsfreiheit+an+deutschen+Universit%C3%A4ten.pdf/01252a6a-38eb-a647-fb74-7d39b1890382?version=1.0&t=1581610619899
- Petersen, T. (2021). *Die Mehrheit fühlt sich gegängelt. Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 136 vom 16. Juni 2021* [The majority feels it's being restrained. A documentation of the article by Dr. Thomas Petersen in the Frankfurter Allgemeine Zeitung no. 136 of June 16, 2021.]. Institut für Demoskopie Allensbach. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2021_Meinungsfreiheit.pdf
- Polenz, R., & Wolter, D. (2021). „Das Geschäftsmodell von Facebook und Twitter verhindert im Grunde eine vernünftige Debattenkultur“ [“Facebook and Twitter’s business model basically prevents a reasonable culture of debate”]. Konrad Adenauer Stiftung. <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Interview+mit+Ruprecht+Polenz+%C3%BCber+die+Debattenkultur+in+den+Sozialen+Medien.pdf/33541793-a5c9-eddc-bd12-5afab20d21d2>
- Quiring, O., Jackob, N., Schemer, C., Jakobs, I., & Ziegele, M. (2020). „Das wird man doch noch sagen dürfen...“ – Wahrgenommene Sprechverbote und ihre Korrelate [“One should still be allowed to say that...” – Perceived speech prohibitions and their correlates]. In N. Jackob, O. Quiring, & M. Maurer (Hrsg.), *Traditionen und Transformationen des Öffentlichen* (S. 49–72). Springer VS.
- Reinemann, C., Haas, A., & Rieger, D. (2022). “I don’t care, ‘cause I don’t trust them!” – The impact of information sources, institutional trust and populist attitudes on the perception of the COVID-19 pandemic during the first lockdown in Germany. *Studies in Communication & Media (SCM)*, 11(1), 132–168. <https://doi.org/10.5771/2192-4007-2022-1-132>
- Reinemann, C., Maurer, M., Zerback, T., & Jandura, O. (2013). *Die Spätentscheider. Medieneinflüsse auf kurzfristige Wahlentscheidungen* [Late deciders: Media influences on short-term electoral decisions]. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reuter, M. (2021, 12. Januar). *Deplatforming: Warum Trumps Accountsperrungen richtig und hochproblematisch sind* [Deplatforming: Why Trump’s account suspensions are right and highly problematic]. netzpolitik.org. <https://netzpolitik.org/2021/deplatforming-warum-trumps-accountsperrungen-richtig-und-hochproblematisch-sind/>
- Revers, M., & Traunmüller, R. (2020). Is free speech in danger on university campus? Some preliminary evidence from a most likely case. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 72(3), 471–497. <https://doi.org/10.1007/s11577-020-00713-z>
- Rippl, S., & Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung [The concept of deprivation in right-wing extremism research]. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57, 644–666. <https://doi.org/10.1007/s11577-005-0219-0>
- Rogers, R. (2020). Deplatforming: Following extreme internet celebrities to Telegram and alternative social media. *European Journal of Communication*, 35(3), 213–229. <https://doi.org/10.1177/0267323120922066>
- Rössler, P. (2011). *Skalenhandbuch Kommunikationswissenschaft* [Scale Handbook for Communication Studies]. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rossmann, C. (2013). Kultivierungsforschung: Idee, Entwicklung und Integration [Cultivation research: Idea, development and integration]. In W. Schweiger & A. Fahr (Hrsg.), *Handbuch Medienwirkungsforschung* (S. 385–400). VS Verlag.
- Schenk, M., & Rössler, P. (1997). The rediscovery of opinion leaders. An application of the personality strength scale. *Communications*, 22(1), 5–30. <https://doi.org/10.1515/comm.1997.22.1.5>

- Schindler, J., Fortkord, C., Posthumus, L., Obermaier, M., & Reinemann, C. (2018). Woher kommt und wozu führt Medienfeindlichkeit? Zum Zusammenhang von populistischen Einstellungen, Medienfeindlichkeit, negativen Emotionen und Partizipation [Where does media hostility come from and what does it lead to? On the connection between populist attitudes, media hostility, negative emotions and participation]. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 66(3), 283–301. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-3-283>
- Schneider-Haase, T. (2009) „Was messen wir da eigentlich?“ – Anmerkungen zur Sonntagsfrage [“What Do We Actually Measure Here?“ – Notes on the sunday survey]. In H. Kaspar, H. Schoen, S. Schumann, & J. R. Winkler (Hrsg.), *Politik – Wissenschaft – Medien* (S. 269–273). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91219-6_15
- Skaaning, S.-E., & Krishnarajan, S. (2021). *Who cares about free speech? Findings from a global survey of support for free speech*. Justitia. https://futurefreespeech.com/wp-content/uploads/2021/06/Report_Who-cares-about-free-speech_21052021.pdf
- Slothuus, R., & Bisgaard, M. (2021). How political parties shape public opinion in the real world. *American Journal of Political Science*, 65, 896–911. <https://doi.org/10.1111/ajps.12550>
- Smith, H. J., Pettigrew, T. F., Pippin, G. M., & Bialosiewicz, S. (2012). Relative deprivation: A theoretical and meta-analytic review. *Personality and Social Psychology Review*, 16(3), 203–232. <https://doi.org/10.1177/1088868311430825>
- Spiegel Online (2022, 23. April). *Digital Services Act: EU einigt sich auf Gesetz gegen Hass und Hetze im Internet* [Digital Services Act: EU agrees on law against hate and incitement on the Internet]. <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/europaeische-union-einigt-sich-auf-digital-services-act-gegen-hass-und-hetze-im-internet-a-81b4bc96-4c29-45b0-a1af-a8613265d692>
- Strömbäck, J., Tsafati, Y., Boomgaarden, H. G., Damstra, A., Lindgren, E., Vliegenthart, R., & Lindholm, T. (2020). News media trust and its impact on media use: Toward a framework for future research. *Annals of the International Communication Association*, 44, 139–156. <https://doi.org/10.1080/23808985.2020.1755338>
- Stroud, N. J. (2008). Media use and political predispositions: Revisiting the concept of selective exposure. *Political Behavior*, 30, 341–366. <https://doi.org/10.1007/s11109-007-9050-9>
- Struth, A. K. (2019). *Hassrede und Freiheit der Meinungäußerung. Der Schutzbereich der Meinungäußerungsfreiheit in Fällen demokratiefeindlicher Äußerungen nach der Europäischen Menschenrechtskonvention, Grundgesetz und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union* [Hate Speech and freedom of speech: The scope of protection of freedom of speech in cases of anti-democratic statements pursuant to the European Convention on Human Rights, the German constitution and the Charter of Fundamental Rights of the European Union]. Springer.
- Stucke, J. (2021, 22. Januar). *Verschwörungserzähler Ken Jebsen – YouTube sperrt KenFM* [Conspiracy narrator Ken Jebsen – YouTube blocks KenFM]. Deutschlandfunkkultur.de. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/verschwoerungserzaehler-ken-jebsen-youtube-sperrt-kenfm-100.html>
- Süss, D., Lampert, C., & Trültzscher-Wijnen, C. (2018). *Medienpädagogik. Ein Studienbuch zur Einführung* (3. Aufl.) [Media Pedagogy. An introductory study book (3rd ed.)]. Springer VS.
- Taber, C. S., & Lodge, M. (2006). Motivated skepticism in the evaluation of political beliefs. *American Journal of Political Science*, 50(3), 755–769. <https://doi.org/10.1111/j.1540-5907.2006.00214.x>

- Unzicker, K. (2018, 17. Juli). „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ – Keine Meinungsfreiheit in Deutschland? [“It’s still okay to say that” – No freedom of speech in Germany?]. Blog Vielfalt leben, Bertelsmann Stiftung. <https://blog.vielfaltleben.de/2018/07/17/das-wird-man-ja-wohl-noch-sagen-duerfen-keine-meinungsfreiheit-in-deutschland/>
- Van Aelst, P., Strömbäck, J., Aalberg, T., Esser, F., de Vreese, C. H., Matthes, J., Hopmann, D., Salgado, S., Hubé, N., Stepinska, A., Papathanassopoulos, S., Berganza, R., Legnante, G., Reinemann, C., Sheaffer, T., & Stanyer, J. (2017). Political communication in a high choice media environment: A challenge for democracy? *Annals of the International Communication Association*, 41(1), 3–27. <https://doi.org/10.1080/23808985.2017.1288551>
- V-Dem (2022). *Autocratization changing nature. Democracy report 2022*. V-Dem Institute. https://v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf
- Zerback, T., Koch, T., & Krämer, B. (2015). Thinking of others: Effects of implicit and explicit media cues on climate of opinion perceptions. *Journalism & Mass Communication Quarterly*, 92(2), 421–443. <https://doi.org/10.1177/1077699015574481>
- Zerback, T., Reinemann, C., & Nienierza, A. (2015). Who’s hot and who’s not? Factors influencing public perceptions of current party popularity and electoral expectations. *The International Journal of Press/Politics*, 20(4), 458–477. <https://doi.org/10.1177/1940161215596986>

Anhang

Anhang 1

Frageformulierungen (der relevanten Fragen, sortiert nach Blöcken)

Frageformulierungen

AV: Meinungsfreiheitswahrnehmung

Nun möchten wir Ihnen ein paar Fragen zum Thema „Meinungsfreiheit in Deutschland“ stellen. Dazu finden Sie unten zunächst einige Aussagen. Wie sehr stimmen Sie diesen zu, wenn Sie an öffentliche oder auch private Diskussionen und Debatten denken?

Items [zufällige Rotation]

Aktuell gibt es in der öffentlichen Debatte viele heikle Themen, bei denen man sich leicht den Mund verbrennen kann.

Es gibt viele ungeschriebene Gesetze darüber, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind und welche eher tabu.

Im Vergleich zu früher muss man heute sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert.

Man kann in der Öffentlichkeit zu allem frei seine Meinung äußern.

Heutzutage kann man seine Meinung nicht mehr frei sagen, ohne dass die Gefahr besteht, hart kritisiert oder angegriffen zu werden.

Ich habe das Gefühl, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland eingeschränkt ist.

Viele Themen sind in der Gesellschaft emotional geladen, weshalb man sich nicht mehr traut, bestimmte Meinungen zu äußern.

Auch bei stark umstrittenen Themen darf man selbst sehr kritische Meinungen in der Öffentlichkeit frei äußern.

[selbsterstellt, zum Teil Anregungen aus Köcher, 2019]

Skala [5-stufig]

stimme überhaupt nicht zu – stimme voll und ganz zu

UV Block 1: politische Prädispositionen

Politikverdrossenheit

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Politik zu?

Items [zufällige Rotation]

- Alles in allem ist die Demokratie die beste Staatsform.
- Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.
- Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Leute denken.
- Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.
- Die Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

[erweitert; angelehnt an Beierlein et al., 2012]

Skala [5-stufig]

stimme überhaupt nicht zu – stimme voll und ganz zu

Relative Deprivation

Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zum Leben in unserer Gesellschaft zu?

Items [zufällige ROTATION]

- Ich fühle mich benachteiligt, wenn ich daran denke, was ich im Vergleich zu anderen habe.
- Im Vergleich zu anderen Menschen fühle ich mich privilegiert.
- Ich ärgere mich, wenn ich sehe, wie wohlhabend andere Menschen sind.
- Wenn ich mich mit anderen vergleiche, merke ich, dass es mir ziemlich gut geht.
- Ich unzufrieden mit dem, was ich habe, wenn ich mich mit anderen vergleiche.

[übersetzt aus Callan et al., 2011]

Skala [5-stufig]

stimme überhaupt nicht zu – stimme voll und ganz zu

Parteipräferenz

Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden wählen?

Items

CDU/CSU
Bündnis 90/Grüne

AfD

SPD

FDP

Die Linke

Sonstige

Weiß nicht

Ich würde nicht wählen gehen.

Skala

Auswahl einer Alternative

Links-Rechts-Skala

In der Politik wird immer wieder von „rechts“ und „links“ gesprochen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Links-Rechts-Skala einstufen? 0 bedeutet dabei „links“, 10 bedeutet „rechts“, 5 bedeutet „Mitte“.

Skala

Elfteilige Skala (0 bis 10), zusätzlich: „Weiß nicht“

UV Block 2: Individueller Umgang mit Konflikten

Persönlichkeitsstärke

Im Folgenden finden Sie eine Reihe von Persönlichkeitseigenschaften, die mehr oder weniger stark auf einen Menschen zutreffen. Wie sehr treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?

Items [zufällige Rotation]

- Gewöhnlich rechne ich bei dem, was ich mache, mit Erfolg.
Ich bin selten unsicher, wie ich mich verhalten soll.
Ich übernehme gern Verantwortung.
Ich übernehme bei gemeinsamen Unternehmungen gern die Führung.
Es macht mir Spaß, andere Menschen von meiner Meinung zu überzeugen.
Ich merke öfter, dass sich andere nach mir richten.
Ich kann mich gut durchsetzen.
Ich bin anderen oft einen Schritt voraus.
Ich besitze vieles, worum mich andere beneiden.
Ich mache mir selten Gedanken darüber, welchen Eindruck ich anderen von mir vermittele.
Ich mache mir häufig Sorgen, dass ich etwas Falsches sage oder tue.
Ich habe Angst, dass andere Menschen etwas an mir auszusetzen haben.

Skala [5-stufig]

trifft überhaupt nicht zu – trifft voll und ganz zu

Konfliktfähigkeit

Meinungen stimmen ja nicht immer überein und in Gesprächen mit anderen können diese unterschiedlichen Meinungen aufeinandertreffen. Um solche Situationen geht es in den nächsten Fragen. Zunächst würden wir gerne wissen, wie Sie sich üblicherweise verhalten, wenn Sie mit anderen über aktuelle Themen sprechen.

Wenn ich mit anderen über aktuelle Themen spreche, ...

Items [zufällige Rotation]

- ... gelingt es mir, meine Meinung gut zu begründen.
... trage ich aktiv dazu bei, dass man sich auf eine Position einigt.
... schaffe ich es, meine Meinung so darzulegen, dass sie berücksichtigt wird.
... schaffe ich es, den anderen verständlich zu machen, was ich meine.
... akzeptiere ich berechtigte Argumente, auch wenn sie meinen widersprechen.
... schaffe ich es, den richtigen Ton zu treffen.
... bleibe ich ruhig, wenn meine Argumente kritisiert werden.
... leibe ich auch bei Meinungsverschiedenheiten freundlich.
... reagiere ich auf Kritik an meiner Meinung gelassen.

[aus Eberle et al., 2009]

Skala [5-stufig]

trifft überhaupt nicht zu – trifft voll und ganz zu

Konfliktpessimismus

Gerade ging es darum, wie Sie reagieren, wenn Sie auf andere Meinungen treffen. Nun interessiert uns Ihr Verhalten, wenn es zu einem Konflikt kommt. Bitte geben Sie an, inwiefern die folgenden Aussagen auf Sie zutreffen.

Items

In einem Konflikt habe ich oft Angst, dass es zu einer Eskalation mit unabsehbaren Folgen kommt.

Ich versuche Streitigkeiten aus dem Weg zu gehen.

Ich stecke lieber zurück, als einen Konflikt eskalieren zu lassen.

[aus Füllenbach, 2009]

Skala [5-stufig]

trifft überhaupt nicht zu – trifft voll und ganz zu

UV Block 3: Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen

Sanktionserwartungen (-ängste)

In Gesprächen über kontroverse Themen ist es ja manchmal schwierig, die eigene Meinung zu äußern, vor allem, wenn andere Gesprächsteilnehmer eine andere Meinung haben. Was wären für Sie Gründe, in einer solchen Situation Ihre Meinung zurückzuhalten?

Ich kann mir vorstellen, meine Meinung nicht zu sagen, weil ich befürchte...

Items

- ..., dass mir jemand widerspricht.
- ..., dass ich mich für meine Meinung rechtfertigen muss.
- ..., dass ich meine Position nicht richtig ausdrücken kann und daher missverstanden werde.
- ... einen schlechten Ruf zu bekommen.
- ... negative Konsequenzen auf persönlicher Ebene zu erfahren.
- ... negative Konsequenzen im Beruf zu erfahren.
- ... von anderen ausgeschlossen zu werden.
- ... von anderen zurückgewiesen zu werden.
- ... beleidigt zu werden.
- ... verbal angegriffen zu werden.
- ... körperlich angegriffen zu werden.

[aus Neubaum & Krämer, 2018]

Skala [5-stufig]

stimme überhaupt nicht zu – stimme voll und ganz zu

Sanktionserfahrungen

Und welche der eben beschriebenen Dinge haben Sie bereits selbst erlebt, nachdem Sie Ihre Meinung in einem Gespräch gesagt haben?

Items

- Nachdem ich meine Meinung gesagt habe...
- ... wurde mir widersprochen.
- ... musste ich mich für meine Meinung rechtfertigen.
- ... wurde ich missverstanden, weil ich meine Position nicht richtig ausdrücken konnte.
- ... habe ich mir einen schlechten Ruf erworben.
- ... habe ich negative Konsequenzen auf persönlicher Ebene erfahren.
- ... habe ich negative Konsequenzen im Beruf erfahren.
- ... wurde ich von anderen ausgeschlossen.
- ... wurde ich von anderen zurückgewiesen.
- ... wurde ich beleidigt.
- ... wurde ich verbal angegriffen.
- ... wurde ich körperlich angegriffen.

[aus Neubaum & Krämer, 2018]

Skala

Habe ich bereits erlebt

Habe ich noch nie erlebt

UV Block 4: Themenaufmerksamkeit und Mediennutzung

Themenaufmerksamkeit

Im Folgenden geht es um die Darstellung des Themas „Meinungsfreiheit in Deutschland“ in den Medien. Dazu finden Sie unten wieder einige Aussagen. Bitte geben Sie auch hier an, wie sehr Sie diesen zustimmen.

Items [zufällige Rotation]

Das Thema „Meinungsfreiheit in Deutschland“ ist mir in letzter Zeit häufig in den Medien aufgefallen.

Die Medien stellen die Meinungsfreiheit in Deutschland als eingeschränkt dar.

Wenn ich auf einen Artikel zum Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland stoße, dann lese ich ihn wahrscheinlich gründlich.

Ich suche in den Medien gezielt nach neuen Informationen zum Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland.

Ich verfolge die Medienberichte zum Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland nur überblicksartig.

Mir fehlt einfach die Zeit, um mich intensiv mit dem Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland auseinanderzusetzen.

Es gibt Medien, die ausdrücken, was ich über den Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland denke.

[angepasst aus Reinemann et al., 2013 sowie Kösters & Jandura, 2018]

Skala [5-stufig]

stimme überhaupt nicht zu – stimme voll und ganz zu

Mediennutzung

Nun zu einem anderen Thema: Wenn Sie an eine durchschnittliche Woche denken: Wie häufig erfahren Sie aus den folgenden Informationsquellen, was aktuell in Deutschland und der Welt geschieht?

Bei den genannten Medien macht es keinen Unterschied, ob Sie diese traditionell oder im Internet (auf Webseiten, Soziale Netzwerken, Podcasts etc.) nutzen.

Wie oft informieren Sie sich...

Items

... im öffentlich-rechtlichen Radio oder Fernsehen (z. B. Tagesschau oder tagesschau.de)?

... im privaten Radio oder Fernsehen (z. B. RTL aktuell oder RTL.de)?

... in Boulevardzeitungen (z. B. Bild oder bild.de)?

... in Lokal- oder Regionalzeitungen und ihren Online-Angeboten?

... in überregionalen Zeitungen oder Nachrichtenmagazinen (z. B. FAZ, faz.net; Spiegel, spiegel.de)?

... Beiträge in sozialen Netzwerken teilen (z. B. auf Facebook)?

... durch Beiträge oder Kommentare von Internetnutzern (z. B. in Foren, Blogs, Kommentarbereichen)?

... in so genannten alternativen Medien (z. B. Russia Today, KenFM)

(Projekt Medienvertrauen Fawzi Obermaier 2017 – Zusammenfassung von Online und Offline-Angeboten)

Skala

Nie

Seltener

Mehrmals im Monat

Mindestens einmal pro Woche

Täglich

Kontrollvariablen

Alter

Bitte geben Sie Ihr Alter an:

Offene Frage: (_____ Jahre)

Geschlecht

Ganz zu Beginn haben wir zwei Fragen zu Ihnen als Person. Welches Geschlecht haben Sie?

Items

Weiblich [1]

Männlich [2]

Divers [3]

Skala [Auswahl – eine Alternative]

Bildungsstand

Welches ist der höchste Bildungsabschluss, den Sie haben? (Wenn Sie sich gerade in der Ausbildung befinden geben Sie bitte den Abschluss an, den Sie momentan anstreben. Wenn Ihr Abschluss nicht aufgeführt ist, wählen Sie denjenigen, der dem Ihnen am nächsten kommt)

Items

Kein allgemeiner Schulabschluss

Haupt-/Volksschulabschluss/ 8. Klasse POS

Abgeschlossene Lehre/Berufsschulabschluss

Realschulabschluss (Mittlere Reife) / 10. Klasse POS

Allgemeine (Fach)Hochschulreife (Abitur/EOS)

(Fach)Hochschulabschluss

Promotion

(keine Angabe)

Skala [Auswahl – eine Alternative]

Wohnsitz

In welchem Bundesland haben Sie Ihren ersten Wohnsitz?

Items

Baden-Württemberg

Bayern

Berlin

Brandenburg

Bremen

Hamburg

Hessen

Mecklenburg-Vorpommern

Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen

Rheinland-Pfalz

Saarland

Sachsen

Sachsen-Anhalt

Schleswig-Holstein

Thüringen

Ich habe keinen festen Wohnsitz.

Migrationshintergrund

Sind Sie oder Ihre Eltern im Ausland geboren? Kreuzen Sie bitte alles an, was zutrifft.

Items

- Ich bin im Ausland geboren. [1]
- Meine Mutter ist im Ausland geboren. [2]
- Mein Vater ist im Ausland geboren. [3]
- Meine Eltern und ich sind in Deutschland geboren [4]

Skala [Auswahl – mehrere Alternativen]**Politisches Interesse**

Im Folgenden interessieren uns ganz allgemein für Ihre Einstellungen zu Politik und Gesellschaft. Zunächst eine allgemeine Frage: Wie stark interessieren Sie sich generell für Politik?

Skala

- Überhaupt nicht
- Wenig
- Mittel
- Stark
- Sehr stark

Anhang 2*Deskriptive Statistiken der Indizes*

Variable	MW	SD	α
<i>Abhängige Variable</i>			
Meinungsfreiheitswahrnehmung	3.50	.89	.874
<i>Block 1: Politische Prädispositionen</i>			
Links-Rechts-Selbstverortung	.582	2.06	
Politische Deprivation	2.59	.86	.740
Politikverdrossenheit	3.01	.73	.674
<i>Block 2: Individueller Umgang mit Konflikten</i>			
Personlichkeitsstärke	3.23	.65	.819
Konfliktfähigkeit	3.84	.61	.863
Konflikt pessimismus	3.24	.94	.672
<i>Block 3: Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen</i>			
Sanktionsangst	2.47	1.01	.932
Sanktionserfahrungen	5.63	3.07	
<i>Block 4: Themenaufmerksamkeit und Mediennutzung</i>			
Themenaufmerksamkeit (aktive Informationsnutzung)	2.89	1.12	.695
Nutzung: Traditionelle Medien	3.18	.87	.640
Nutzung: SNS, UGV, Alternativm.	2.16	1.06	.731

Anhang 3*Deskriptive Werte des Meinungsfreiheitswahrnehmungsindexes für signifikante Prädiktoren*

(Signifikanter) Prädiktor	Gruppe ¹	MW Index Meinungs- freiheitswahrnehmung	Anteil über Mittel- punkt des Index Meinungs- freiheitswahrneh- mung (%)
Politisches Interesse	niedrig	3.49	71.2
	hoch	3.49	68.4
Links-Rechts- Selbstverortung	links	3.33	64.3
	rechts	3.83	82.1
Parteipräferenz	AfD	4.38	96.1
	Grüne	3.02	55.3
	CDU/CSU	3.33	64.1
	SPD	3.26	60.5
	FDP	3.45	75.0
	Die Linke	3.56	75.0
	Sonstige	3.50	71.7
	Nicht-Wahl	3.72	73.8
	Weiß Nicht	3.61	72.5
Politische Deprivation	niedrig	3.34	62.8
	hoch	3.68	79.1
Politikverdrossenheit ²	niedrig	3.70	78.4
	hoch	3.25	60.1
Konfliktfähigkeit	niedrig	3.48	70.2
	hoch	3.51	69.4
Konfliktpessimismus	niedrig	3.39	64.4
	hoch	3.58	74.8
Sanktionsangst	niedrig	3.39	62.3
	hoch	3.59	76.9
Sanktionserfahrungen	niedrig	3.42	69.5
	hoch	3.56	70.2
Themenaufmerksamkeit (Informationsnutzung)	niedrig	3.44	68.3
	hoch	3.55	71.6

Anmerkungen: N = 872

¹Gruppenaufteilung basiert für Indizes auf einem Mediansplit²Hohe Werte indizieren politisches Vertrauen, niedrige Werte Politikverdrossenheit.

EXTENDED ABSTRACT

Freedom of speech under threat? How political attitudes and individual experiences shape perceptions of freedom of speech in Germany

Sophia Rothut, Anna-Luisa Sacher, Rebecca Strohmeier & Carsten Reinemann

Sophia Rothut (M.A.), Ludwig-Maximilians-Universität München. Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstr. 67, 80538 München. Kontakt: sophia.rothut@ifkw.lmu.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0003-0990-8034>

Anna-Luisa Sacher (M.A.), Ludwig-Maximilians-Universität München. Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstr. 67, 80538 München. Kontakt: anna.sacher@ifkw.lmu.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-3386-4310>

Rebecca Strohmeier (M.A.), Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt. Fachgebiet Journalistik, Ostenstraße 25, 85072 Eichstätt. Kontakt: rebecca.strohmeier@ku.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0003-0297-6843>

Carsten Reinemann (Prof. Dr.), Ludwig-Maximilians-Universität München. Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstr. 67, 80538 München. Kontakt: carsten.reinemann@ifkw.lmu.de. ORCID: <https://orcid.org/0001-9715-8434>



© Sophia Rothut, Anna-Luisa Sacher, Rebecca Strohmeier & Carsten Reinemann

EXTENDED ABSTRACT

Freedom of speech under threat? How political attitudes and individual experiences shape perceptions of freedom of speech in Germany

Sophia Rothut, Anna-Luisa Sacher, Rebecca Strohmeier & Carsten Reinemann

1. Introduction

Freedom of speech is one of the most fundamental principles of modern democracies and a central condition for their functioning. On the one hand, free speech fulfills an identity-forming function for citizens by allowing them to shape their opinions in discursive negotiation processes; on the other hand, freedom of speech is central to functioning democratic mechanisms, for example, by allowing diverse views to be expressed and articulated to political decision-makers (e.g., Garton Ash, 2016). But despite far-reaching constitutional guarantees, the situation of freedom of speech seems to have become a contentious issue of public dispute in many Western democracies. This includes a variety of discussions, such as those about ‘political correctness’, ‘cancel culture’, and non-discriminatory speech (e.g., Petersen, 2021; PEW, 2021); about social media’s fight against hate speech and disinformation that has led to the deplatforming of even prominent politicians like Donald Trump (e.g., Rogers, 2020); or about explicit claims especially from populist political actors that mainstream politics and the media deliberately aim to subjugate freedom of speech (e.g., Brubaker, 2017).

2. Perceptions of freedom of speech and its potential determinants

This paper focuses on the case of Germany, which has also seen an increase in debates about the current state of freedom of speech (Bermes, 2019; Druxes & Simpson, 2016). At first sight, the situation of freedom of speech in Germany seems to be more than comfortable. Freedom of speech has been enshrined in the German constitution and is thus extensively guaranteed (e.g., Klausmann, 2019; Struth, 2019). Internationally comparative studies typically rank Germany among the most democratic and free societies worldwide (e.g., V-Dem, 2022). Nevertheless, public opinion polling has shown that large parts of society seem to perceive these rights as restricted (Köcher, 2019; Petersen, 2021). Given the importance of freedom of speech in democracies, this result is alarming and illustrates the relevance of further empirical research.

Despite the public attention paid to the issue, scholars have only scarcely examined how freedom of speech is perceived and especially what determines these perceptions. Our study addresses this research gap for the German context. Thereby, our primary goal is to gain first insights into factors that might be related to the perception of freedom of speech. Specifically, we aim to investigate which parts of the population consider freedom of speech endangered and examine which factors potentially drive this assessment. We investigate four blocks of potential determinants and test eleven hypotheses using linear blockwise multiple regression based on a quota-sample online survey with 945 respondents conducted in 2020. The blocks include indicators of (1) political predispositions, (2) individual conflict behavior, (3) experienced and feared sanctions for opinion expression, and (4) issue attention and media use.

3. Method and data

To measure respondents' perception of the current state of free speech, we used an 8-item-scale mainly taken from or inspired by recent public opinion polling (Köcher, 2019). Despite touching upon various aspects and understandings of freedom of speech, the items could be formed into a reliable index ($\alpha = .874$), suggesting that not only assessments of the legal situation in a narrow sense factor into the overall perception of freedom of speech. In line with recent polling (Köcher, 2019), our data show, for example, that almost half of all respondents (47%) say they (rather or completely) perceive freedom of speech as restricted. Less than one-third of participants (31%) state they consider free speech not at all or rather not restricted, and 22 percent of respondents consider freedom of expression to be neither clearly restricted nor not restricted.

4. Results

Multiple block-wise regression analyses show that the most important factors predicting freedom of speech perceptions are political predispositions, accounting for the vast majority of variance explained (24%). Respondents on the right of the political spectrum, those with a party preference for the right-wing populist Alternative for Germany (AfD), and those with high levels of political deprivation and political disenchantment tend to perceive free speech as more restricted. These results are in line with findings from Petersen (2021), Revers and Traunmüller (2020), and Unzicker (2018). In contrast, we find an effect pointing in the opposite direction for voting preferences for the Green party, with Green voters perceiving freedom of speech as less restricted. In addition to political predispositions, fear of sanctions or experienced sanctions after expressing one's opinion as well as active information seeking on this issue (and with that higher issue involvement) lead to the perception of restricted free speech. However, the use of different types of media does not have a significant effect in our analysis.

5. Discussion

The strong influence of political predispositions raises questions about the deeper reasons for their impact. Several possible explanations come to mind that will have to be addressed in more detail in future studies. For example, it can be assumed that more alienated people and voters on the right are more receptive to party and alternative media cues promoting a narrative of restricted speech. This could also be fostered by a feeling of not being represented in mainstream politics and media and/or by individual experiences of antagonizing people in personal political conversations. Future studies should therefore take a closer look at these potential explanations.

References

- Bermes, C. (2019). *Wandel der Sprach- und Debattenkultur. Verbindlichkeit – Artikulation – Meinung* [Changes in the language and debate culture: Commitment – articulation – opinion]. Konrad-Adenauer-Stiftung. <https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Verbindlichkeit%20%80%93+Artikulation%20%80%93+Meinung.pdf/1201d274-768d-dfae-1f72-22e72d843ec?version=1.0&t=1560853226037>
- Brubaker, R. (2017). Between nationalism and civilizationism: The European populist moment in comparative perspective. *Ethnic and Racial Studies*, 40(8), 1191–1226. <https://doi.org/10.1080/01419870.2017.1294700>
- Druxes, H., & Simpson, P. A. (2016). Introduction. Pegida as a European far-right populist movement. *German Politics and Society*, 34(4), 1–16. <https://doi.org/10.3167/gps.2016.340401>
- Garton Ash, T. (2016). *Free speech: Ten principles for a connected world*. Yale University Press.
- Klausmann, V. (2019). *Meinungsfreiheit und Rechtsextremismus* [Freedom of speech and right-wing extremism]. Nomos.
- Köcher, R. (2019). *Grenzen der Freiheit* [Limits to freedom]. Allensbach Institute for Public Opinion Research. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/user_upload/FAZ_Mai2019_Meinungsfreiheit.pdf
- Petersen, T. (2021). *Die Mehrheit fühlt sich gegängelt* [The majority feels it's being restrained]. Allensbach Institute for Public Opinion Research. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2021_Meinungsfreiheit.pdf
- Pew Research Center (2021). *How Americans feel about ‘cancel culture’ and offensive speech in 6 charts*. <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2021/08/17/how-americans-feel-about-cancel-culture-and-offensive-speech-in-6-charts/>
- Revers, M., & Traunmüller, R. (2020). Is free speech in danger on university campus? Some preliminary evidence from a most likely case. *Koelner Zeitschrift für Soziologie und Soziopsychologie*, 72(3), 471–497. <https://doi.org/10.1007/s11577-020-00713-z>
- Rogers, R. (2020). Deplatforming: Following extreme internet celebrities to Telegram and alternative social media. *European Journal of Communication*, 35(3), 213-229. <https://doi.org/10.1177/0267323120922066>
- Struth, A. K. (2019). *Hassrede und Freiheit der Meinungsäußerung* [Hate speech and freedom of speech]. Springer.
- Unzicker, K. (2018, July 7). „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ – Keine Meinungsfreiheit in Deutschland? [“It’s still okay to say that” – No freedom of speech in Germany?]. Blog Vielfalt leben, Bertelsmann Stiftung. <https://blog.vielfaltleben.de/2018/07/17/das-wird-man-ja-wohl-noch-sagen-duerfen-keine-meinungsfreiheit-in-deutschland>
- V-Dem (2022). *Autocratization changing nature? Democracy report 2022*. V-Dem Institute. https://v-dem.net/media/publications/dr_2022.pdf